

AMZ 01539

## Internationale sozialistische Kommission zu Bern

Alle Zuschriften und Geldsendungen sind an Nationalrat ROBERT GRIMM in Bern zu richten

Commission socialiste internationale

à BERNE

International Socialist Committee

in BERN

La correspondance doit être adressée au  
citoyen ROBERT GRIMM, député à BerneThe correspondence has to be addressed:  
comrade ROBERT GRIMM, deputy, Bern

BERN (Schweiz)

BULLETIN N<sup>r</sup> 4Ausgegeben am  
22. April 1916

## Bekanntmachungen der I. S. K.

## Neue Beitrittserklärungen.

Ausser den in der letzten Nummer des Bulletins verzeichneten 21 Parteien, Organisationen und Gruppen haben sich seither noch folgende Verbände der I. S. K. und damit der Zimmerwalder Aktion angeschlossen:

- 22. *Confederazione Generale del Lavoro Italiens,*
- 23. *Verband der Gewerkschaften Bulgariens.*

## Broschüre Racovsky.

In unserm Verlage ist in deutscher Sprache erschienen und kann durch uns bezogen werden: Dr. C. Racovsky, „*Das Wiedererwachen der Internationale.*“ Rede gehalten am internationalen Massenmeeting vom 8. Februar 1916 im Volkshaus in Bern.

Der bekannte Führer der rumänischen Sozialdemokratie beleuchtet in dieser, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede, die internationale Situation vom Standpunkt des Sozialismus aus. Die Rede wird dazu beitragen, über manche Fragen, die heute das internationale Proletariat beschäftigen, Klarheit zu bringen, und ihre Anschaffung kann schon aus diesem Grunde bestens empfohlen werden. Der Preis pro Exemplar beträgt 20 Rappen, bei Abnahme grösserer Posten wird Rabatt gewährt.

## Anträge und Vorschläge zur zweiten Konferenz

Ausser den in Nr. 3 des Bulletins veröffentlichten Anträgen und Vorschlägen zur zweiten Konferenz ist uns ferner folgendes Material zur Tagesordnung dieser Konferenz zugegangen:

## Aus Deutschland.

## Bericht über eine Reichsbesprechung.

Die Mitte Februar zunächst für Berlin vollzogene Abstossung derjenigen Personen, die auf dem Boden der «Leitsätze» \*) stehen, hat zu einer Scheidung der Opposition in ganz Deutschland geführt. Zur Besprechung der sich daraus ergebenden Fragen fand Mitte März in einem Orte Mitteldeutschlands eine Zusammenkunft statt, die aus allen Teilen des Reiches beschiedt war. Die hinter den «Leitsätzen» stehende Opposition Gross-Berlins (8 Wahlkreise) war durch 17 Genossen vertreten. Aus 20 Wahlkreisen des Reiches waren ebenso viele Genossen erschienen, von denen einzelne die Opposition mehrerer Kreise beziehungsweise Bezirke vertraten. Unter anderem nahmen teil Genossen aus Sachsen (insbesondere Leipzig, Dresden, Pirna, Chemnitz), Thüringen (Jena, Arnstadt, Gera), dem übrigen Mitteldeutschland (Braunschweig, Halle, Hannover), Rheinland (Essen, Duisburg), Frankfurt-Hanau, Württemberg (Stuttgart, Göppingen). Von einer Reihe weiterer Bezirke und Orte (so Hamburg, Bremen, Mainz, München, Breslau u. a.) war eine prinzipielle Zusage eingetroffen; nur aus äusseren Gründen musste eine Beteiligung unterbleiben.

Aus den Verhandlungen, die völlige Einmütigkeit der prinzipiellen und taktischen Auffassungen ergaben, sei hervorgehoben:

Nach einem kurzen Bericht über die Vorgänge, die zur Trennung innerhalb der Opposition in Gross-Berlin führten,

\*) Siehe Nr. 3 des Bulletins.

gaben die Teilnehmer eine knappe Darstellung der Tätigkeit und Auffassungen in der Opposition ihres Bezirkes. Darnach ist die oppositionelle Stimmung überall im Wachsen. Zugleich hat aber auch die Unzufriedenheit über die Untätigkeit der parlamentarischen «Opposition» (im Reichstage) zugenommen. Die Erklärung der Zwanzig vom 21. Dezember 1915 wird als unzureichend beurteilt und ein selbständiges Auftreten der Zwanzig gefordert.

Ein Teilnehmer der Besprechung berichtete über die Berner Konferenz vom Februar dieses Jahres. Die Berner Konferenz diente nur zur Vorbereitung der zweiten internationalen Konferenz (April d. J.). Sachliche Beschlüsse sind dort nicht gefasst worden. Die «Leitsätze» wurden demnach dort nur zur Kenntnisnahme, nicht zur Beschlussfassung vorgelegt. (Die gegenteilige Behauptung des Ledebour-Hoffmannschen Flugblattes ist also unrichtig.) Dagegen wurde die Veröffentlichung der «Leitsätze» im internationalen «Bulletin» beschlossen. Auch sind zwei der von Ledebour-Hoffmann am meisten angegriffenen «Leitsätze» bereits von der in Zimmerwald eingesetzten «Internationalen sozialistischen Kommission» (I. S. K.) als eigene Auffassung in ein Rundschreiben der I. S. K. übernommen worden. Der Kommission, die diesem Rundschreiben in Bern zustimmte, gehörte übrigens auch der deutsche Delegierte an, auf den die irrtümlichen Mitteilungen Hoffmann-Ledebours zurückgehen.

Ein weiterer Teilnehmer referierte sodann über die Stellung, die von unserer hinter den «Leitsätzen» stehenden Vertretung auf der zweiten Konferenz einzunehmen sei. Zwei von dem Referenten vorgelegte Resolutionen geben unsere Auffassung von der Internationalen und den Aufgaben der zweiten Konferenz wieder. Beide Resolutionen (Anlage I und II) wurden einstimmig gutgeheissen und werden der Konferenz vorgelegt werden.

## I.

Die neue Internationale, die nach dem Zusammenbruch der alten am 4. August 1914 wieder erstehen muss, kann nur aus dem revolutionären Klassenkampf der proletarischen Massen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern geboren werden. Die Existenz und Wirksamkeit der Internationalen ist nicht eine Frage der Organisation, nicht eine Frage der Verständigung zwischen einem kleinen Kreise von Personen, die als Vertreter der oppositionell gesinnten Schichten der Arbeiterschaft auftreten, sie ist eine Frage der Massenbewegung des zum Sozialismus zurückkehrenden Proletariats aller Länder. Im Unterschied von der am 4. August 1914 aufgelösten Internationalen, die blosse äussere Instanz war und deren Existenz nur im losen Zusammenhang kleiner Gruppen von Partei- und Gewerkschaftsführern bestand, muss die neue Internationale, um eine wirkliche politische Macht zu sein, in der Gesinnung, der Aktionsfähigkeit und der täglichen Praxis der breitesten proletarischen Massen wurzeln. Die Internationale wird genau in dem Masse und durch denselben Prozess von unten auf erstehen, als die Arbeiterklasse in allen kriegführenden Ländern sich von den Fesseln des Burgfriedens und von den vergiftenden Einflüssen ihrer offiziellen Führer befreiend, in den revolutionären Klassenkampf stürzen wird. Das erste Wort dieses Kampfes muss die systematische Massenaktion zur Erzwingung des Friedens sein, und diese allein kann auch die Geburtsstunde der neuen lebendigen, wirksamen Internationalen werden.

Als ein Symptom, dass sich die Orientierung der sozialistischen Kreise verschiedener Länder in der angegebenen Richtung bereits anbahnt und der internationale Zusammenschluss für diese Kreise in wachsender Masse ein Bedürfnis ist, begrüsst die Konferenz der Richtung der «Internationalen», das heisst der auf dem Boden der «Leitsätze» vereinigten Opposition der deutschen Sozialdemokratie, die aus der Zimmerwalder Zusammenkunft entstandene zweite internationale Konferenz und erwartet, dass ihre Äusserungen einen neuen Impuls abgeben werden, um die Geburt der Internationalen aus dem tatkräftigen Willen der proletarischen Massen zu beschleunigen.

II.

Die Situation, die in Deutschland nach bald zweijähriger Dauer des Krieges geschaffen ist, bedeutet schon jetzt den Bankrott des Imperialismus. Während der Krieg militärisch in eine Sackgasse geraten ist, so dass die rein militärische Entscheidung des Weltkrieges heute noch aussichtsloser erscheint als zu Beginn des ruchlosen Völkermordes, ergibt die wachsende Teuerung, die für breite Volksmassen nichts anderes als ein tatsächliches Hungern bedeutet, die furchtbare Masse von Toten und Krüppeln, die in die Millionen gehen, die erdrückende ungeheure Finanzlast, die jetzt in Gestalt neuer Steuern fortschreitend auf das arbeitende Volk abgewälzt werden soll, der rein künstliche Mechanismus des industriellen Lebens, der ganz auf die Kriegslieferungen aufgepfropft ist und mit dem Aufhören des Völkermordes sofort zusammenbrechen muss, der wachsende Mangel an Rohstoffen als Folge der Absperrung Deutschlands von dem Weltmarkt, endlich die wachsende Schwierigkeit, auch nur die finanzielle Pumpwirtschaft der Kriegsanleihen weiterzuführen, — alles das zusammen ergibt als Frucht der bald zweijährigen Dauer des imperialistischen Völkermordes den grinsenden wirtschaftlichen Ruin Deutschlands sowie aller andern kriegführenden Staaten, einen Ruin, der hüben und drüben nur noch notdürftig durch die offizielle Regie der Kriegshetzer und eine verlogene imperialistische Reptilpresse maskiert wird. Die auf dem Boden dieser Zustände erwachsene Stimmung weitester Volkskreise sowohl im Lande wie draussen im Felde kulminiert in heisser Sehnsucht nach dem Frieden und in wachsendem Abscheu gegen die endlose Menschen- schächtere.

Die geschilderte Sachlage ergibt für die Sozialdemokratie in Deutschland wie in den andern kriegführenden Ländern die Pflicht, im Sinne des Stuttgarter internationalen Beschlusses alle Mittel und Hebel anzusetzen, um die kriegsfeindliche Stimmung der Massen zur zielklaren politischen Einsicht und zum tatkräftigen aktionsfähigen Willen zu gestalten.

Zu diesem Zwecke sind die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie, die mit der Abstreifung der Fesseln des Burgfriedens Ernst machen wollen, verpflichtet:

1. in allen kriegführenden Ländern, ungeachtet der militärischen Situation, die Kriegskredite unter grundsätzlicher sozialistischer Begründung abzulehnen;

2. alle Steuern und finanziellen Mittel den kriegführenden Regierungen zu verweigern;

3. alle Mittel der Geschäftsordnung und der parlamentarischen Aktion unermüdet auszunutzen, um durch ständige Beunruhigung und schärfste Kritik des imperialistischen Mehrheiten und ihrer Regierungen die Massen aufzurütteln und zu nachdrücklichen Willenskundgebungen gegen den Krieg und für die internationale sozialistische Solidarität zu ermuntern.

Die deutsche Sozialdemokratie, deren Zusammenbruch nur die Feststellung ihrer längst bestehenden Schwäche war, muss eine völlige innere Umwandlung erfahren, wenn sie befähigt werden soll, die proletarische Masse in ihrer geschichtlichen Mission zu leiten.

Ihre Entwicklung zu einer aktionsfähigen revolutionären Macht kann nicht durch blosse Programme und Manifeste erzielt werden, nicht durch mechanische Disziplin oder tote organisatorische Formen, sondern nur durch Ausbreitung lebendigen Klassenbewusstseins und entschlossener Initiative in den Massen.

Voraussetzung dafür ist die Umgestaltung des bürokratischen Systems der Partei- und Gewerkschaftsorganisation, das die Entschluss- und Tatkraft der Massen im Wust der Instanzen erstickt, in ein demokratisches System, wo die funktionäre Werkzeuge der Massen sind. Gegenüber der Verräterei und Obstruktion, die heute von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen unter Missbrauch der Losungen «Disziplin» und «Einigkeit» und unter Ausnutzung des Organisationsapparates betrieben wird, um die Arbeiterschaft den Zwecken der imperialistischen Klassen dienstbar zu machen, ist der zielklare sozialistische Wille der proletarischen Massen, bei jeder Gelegenheit von unten hinauf rücksichtslos durchzusetzen, um die Organisation ihrem Berufe wieder zuzuführen: als schneidige Waffe des Klassenkampfes zu dienen.

Auf die Betätigung der Frauen, die im Kriege zu einer besonders bedeutsamen politischen Rolle berufen sind, und der Jugendlichen muss stärkstes Gewicht gelegt werden. Die Verselbständigung der Jugendbewegung ist nachdrücklich zu unterstützen.

Die Propaganda hat sich vor allem aus an die organisierte Arbeiterschaft zu wenden; sie muss aber darüber hinaus mit erhöhtem Eifer noch nicht Organisierte zu ergreifen trachten, die unter dem Einflusse des Weltkrieges zu einem überaus günstigen Rekrutierungsfeld für den Sozialismus geworden sind.

Klärung der Grundsätze, Festigkeit in der prinzipiellen und taktischen Haltung, schroffe Durchführung des Klassenkampfes im Sinne des proletarischen Internationalismus ist gerade im Krieg eine Lebensfrage des Sozialismus. Scharfe Abgrenzung gegen alle opportunistischen Neigungen in Prinzip, Taktik und Aktion ist geboten, auch wo sie unter der Flagge der Opposition gegen die offizielle Instanzenpolitik segen.

Die Tatsache des Weltkrieges beherrscht und bestimmt heute die gesamte ausser- und innerpolitische und wirtschaftliche Lage.

Die Politik der Arbeiterklasse muss sich allenthalben an dieser Tatsache orientieren und gegen den Weltkrieg als die gewaltigste und verderblichste Betätigung der kapitalistischen Klassenherrschaft richten. In diesem Kampf muss die sozialistische Bewegung ihre Existenzberechtigung erweisen. Der Klassenkampf gegen den Krieg verleiht dem Klassenkampf im Frieden Kraft und geschichtliche Bedeutung. Jener bildet die wichtigste revolutionäre Schule für diesen. Den Krieg und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse zur Auf-rüttelung der Masse zu benutzen, um so den Frieden zu erzwingen und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu beschleunigen, ist — entsprechend dem Beschluss des Stuttgarter Kongresses — die Aufgabe der sozialistischen Bewegung während des Weltkrieges, nachdem sie ihn nicht verhindert hat.

Dem Regime des Belagerungszustandes, der sozialen Pflichtvergessenheit, des Lebensmittelwuchers, des Volksbetrugs und der Massenentrechtung, dem Regime des imperialistischen Krieges ist jede materielle und moralische Unterstützung zu versagen. Während des Krieges dient jede Steuer, ob an sich «gerecht» oder «ungerecht», dem Krieg und seiner Verlängerung; Verweigerung aller Kriegssteuern, Sperrung aller finanziellen Mittel ist ein Gebot des Krieges gegen den Krieg, der die Untergrabung der Regierungsmacht auf allen Gebieten fordert.

Auf der ganzen Linie ist zum Angriff überzugehen.

Die politischen und sozialen Wirkungen des Krieges auf die proletarischen Klasseninteressen (Lebensmittelversorgung, Sozialpolitik, Steuerwesen, Vereins-, Versammlungs-, Presse-recht, Freizügigkeit, persönliche Freiheit, Justiz, Erziehung usw.) sind unablässig den Massen zu denunzieren und durch verschärfte Geltendmachung der sozialistischen Programm-forderungen zu beantworten. Dem Militarismus des Weltkrieges ist die Losung der Abschaffung des stehenden Heeres, dem Absolutismus des Belagerungszustandes und der Geheimdiplomatie sind die Losungen der Republik, der Demokratie in der innern und äussern Politik, der Entscheidung des Volks über Krieg und Frieden entgegenzusetzen.

Auf Schritt und Tritt inner- und ausserhalb der Parlamente ist der Belagerungszustand zu durchbrechen, der Burgfriede, die Lüge von der nationalen Klassenharmonie während des Krieges, zu zerstören, die Verwirrungsphrase von der Landesverteidigungspflicht zu zerreißen, die internationale Interessengemeinschaft des Proletariats, die im Krieg nicht aufgehoben, sondern zum höchsten Grad gesteigert ist, als politische Maxime zu proklamieren.

Die Regungen der politischen und sozialen Unzufriedenheit und Empörung sind mit allen Mitteln der Agitation und Demonstration zu verstärken.

Das Ziel der gesamten Propaganda muss sein, die Voraussetzungen für revolutionäre Massenaktionen grossen Stils zu entwickeln, Massenaktionen, wo sie entstehen, mit politischem Inhalt und Ziel zu erfüllen, voranzutreiben und zu bewussten Auseinandersetzungen mit dem Krieg und der kapitalistischen Klassenherrschaft zu gestalten.

## Die Stellungnahme des Zentral-Komitees der S. D. A. P. Russlands zu der Tagesordnung der zweiten internationalen sozialistischen Konferenz.

1. Wie ein jeder Krieg nur eine Fortsetzung derjenigen Politik bildet, welche von den kriegführenden Staaten auch in der vorhergehenden Friedenszeit — allerdings mit friedlichen Mitteln — geführt wurde, so kann auch der den Krieg abschliessende Frieden nur eine Registrierung der Machtverschiebungen sein, die im Verlaufe des Krieges erreicht wurden.

2. Solange die Grundpfeiler der heutigen bürgerlichen gesellschaftlichen Beziehungen fortbestehen, kann ein imperialistischer Krieg nur zu einem imperialistischen Frieden führen, d. h. zur Erweiterung und Stärkung der Unterdrückungen der kleinen Völker und Staaten durch das Finanzkapital, das nicht nur vor dem Kriege, sondern auch im Verlaufe des Krieges einen riesenhaften Aufschwung nahm.

Der objektive Inhalt derjenigen Politik, welche von der Bourgeoisie und den Regierungen beider kriegführenden Gruppen vor dem Kriege und während desselben betrieben wurde, führt zur Steigerung des ökonomischen Druckes, der nationalen Verknechtung, der politischen Reaktion. Infolge dessen kann der Friedensschluss bei beliebigem Ausgange des Krieges nur die Verschlimmerung der politischen und ökonomischen Lage der Massen feststellen — da ja die bürgerliche Gesellschaft bestehen bleibt.

Einen «demokratischen Frieden» aber als Folge des imperialistischen Krieges vorauszusetzen, heisst eine leere Phrase aussprechen; anstatt die Politik der Mächte vor dem Kriege und während des Krieges zu studieren, heisst die Volksmassen irreführen, indem man ihnen das wichtigste vor-enthält: die Unmöglichkeit eines demokratischen Friedens ohne eine Reihe von Revolutionen.

3. Die Sozialisten verzichten keineswegs auf den Kampf für die Durchführung von Reformen. Sie müssen z. B. auch jetzt in den Parlamenten für jede Verbesserung der Lage der Völker — so klein sie auch sein mag — stimmen: eine entsprechende Unterstützung der Bewohner der vom Kriege betroffenen Gebiete, für die Milderung des nationalen Druckes usw. Es ist aber ein bürgerlicher Betrug, wenn man Reformpolitik predigt für Fragen, die die Geschichte und die ganze politische Situation nur als durch die Revolution zu lösende stempelt. Das sind die Grundfragen des Imperialismus, d. h. die Fragen nach dem Fortbestand der ganzen kapitalistischen Gesellschaft, die Fragen von der Möglichkeit, den Sturz des Kapitalismus zu verschieben, indem man die Erde neuenteilen will, entsprechend der neuen Machtverhältnisse zwischen den Grossmächten, welche in den letzten Jahrzehnten sich nicht nur ausserordentlich rasch, sondern auch — was das wichtigste ist — ausserordentlich ungleichmässig entwickelt hatten. Eine wirkliche politische Tätigkeit, die, ohne die Massen zu täuschen, geeignet wäre, die Machtverhältnisse der heutigen Gesellschaft zu ändern, kann nur in einer der folgenden Formen bestehen: entweder hilft man der «eigenen» nationalen Bourgeoisie, fremde Länder zu berauben, und nennt diese Hilfe «Verteidigung des Vaterlandes» oder «Errettung der Heimat». Oder aber man hilft die sozialistische Revolution des Proletariats in die Wege zu leiten, indem man die schon jetzt beginnende Gährung in den Massen fördert, Streiks und Demonstrationen unterstützt etc., indem man die jetzt noch schwachen Anfänge des revolutionären Massenkampfes unterstützt und zum allgemeinen Anprall des Proletariats gegen die Bourgeoisie steigert.

Wie alle Sozial-Chauvinisten jetzt das Volk betrügen, wenn sie von einer «ehrenhaften» Verteidigung gegen einen «unehrlichen» Angriff seitens dieser oder jener Gruppe der kapitalistischen Raubmächte sprechen, so ist es auch lauter Betrug und leere Phrase, wenn man von einem «demokratischen Frieden» spricht, als könnte der kommende Friede, der schon jetzt von den Kapitalisten und Diplomaten vorbereitet wird, ein neues, unehrliches Angreifen unmöglich machen und die frühern «ehrlichen» Beziehungen herstellen; als wäre er nicht vielmehr eine Fortsetzung und Sanktionierung der imperialistischen Politik, der Politik des kapitalistischen Raubes, der nationalen Unterdrückung, der politischen Reaktion, der Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung. Den Kapitalisten und ihren Diplomaten leisten diese ihre «sozialistischen» Helfer gerade jetzt gute Dienste, wenn sie das Volk betäuben und durch Phrasen von einem demokratischen Frieden den wahren Sachverhalt verschliessen und das Volk von einem revolutionären Kampfe ablenken.

4. Als Betrug und Heuchelei erscheint eben das Programm des «demokratischen Friedens», welches von den bekanntesten Führern der zweiten Internationalen heute verfochten wird. Es ist auf dem holländischen Kongress in Arnheem, der in der «Neuen Zeit» (X. 2. 15), von einflussreichsten offiziellen Vertretern der zweiten Internationalen, dieses Programm folgendermassen formuliert worden: Verzicht auf den revolutionären Kampf bis zu der Zeit, wo die imperialistischen Regierungen Frieden geschlossen haben; bis dahin — Phrasen über Ablehnung von Annexionen und Kontributionen, auf dem Papiere Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, der Demokratisierung der äussern Politik, Schiedsgerichte zur Erledigung politischer Streitfragen, Vereinigten Staaten von Europa etc.

Objektiv betrachtet, führt dieses «Programm des Friedens» zur verstärkten Untertänigkeit der Arbeiterklasse, denn es verschönt die Arbeiter, die einen revolutionären Kampf aufzunehmen beginnen, mit ihren chauvinistischen Führern, denn es verwischt die Tiefe der Krise im Sozialismus, um auf jenen Zustand innerhalb der sozialistischen Partei zurückzukommen, welcher vor dem Kriege war und welcher den Uebergang der meisten Führer auf die Seite der Bourgeoisie zur Folge hatte. Die Gefahr dieser Politik ist um so grösser, als sie mit wohlklingenden Phrasen geziert und nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern geführt wird.

In England verteidigen diese Politik die meisten Führer. In Russland wird die chauvinistische Idee der «Vaterlands-Verteidigung» mit dem Deckmantel der Phrase über «Rettung des Vaterlandes» umhüllt. So gibt z. B. Tschcheidt einerseits an, auf dem Boden der Zimmerwalder Konferenz zu stehen, andererseits rühmt er in der offiziellen Fraktionserklärung in der Duma die berühmte Rede Huysmans (in Arnheem), und hat kein einziges Wort gegen die freiwillige Anteilnahme der Arbeiter in den zaristisch-grossbürgerlichen Kriegsindustrial-Komitees. Ein anderer Führer der Dumafraktion, der Abgeordnete Tschenkeli, hält in der Duma ganz offen sozialpatriotische Reden, unterstützt die Teilnehmer an den Kriegsindustrial-Komitees usw. In Italien wird eine ähnliche Politik von Treves getrieben, vergleiche «Avanti» (5. III. 16).

5. Die wichtigsten der Friedensfragen sind heute die der Annexionen. Und gerade an dieser Frage tritt die «sozialistische» Heuchelei von heute zutage, und werden andererseits die Aufgaben der wirklich sozialistischen Propaganda und Agitation klar. Es muss aufgeklärt werden, was eigentlich die Annexion sei, wie und warum Sozialisten gegen Annexionen kämpfen müssen. Nicht jede Aufnahme eines neuen Territoriums ist Annexion, denn im allgemeinen ist der Sozialismus für das Verschwinden der Grenzen zwischen den Nationen und für Bildung von grössern Staaten. Nicht jede Verletzung des Status quo ist Annexion. Das zu glauben, wäre reaktionär und verstiesse gegen die Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft. Nicht jede Aufnahme eines Landes durch Kriegsgewalt ist Annexion, denn der Sozialismus kann nicht Kriege, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung geführt werden, grundsätzlich ablehnen. Unter Annexion verstehen wir bloss die Aufnahme eines Landes gegen den Willen seiner Bewohner. Mit andern Worten: der Begriff der Annexion ist mit dem Begriffe des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen aufs innigste verschmolzen.

Aber in dem gegenwärtigen Kriege, gerade weil es ein imperialistischer Krieg seitens beider kriegführenden Mächtegruppen ist, sehen wir, dass die bürgerlichen und sozial-chauvinistischen Politiker gegen Annexionen auftreten, inwiefern dieselben von einer feindlichen Macht ausgeführt werden. Es ist klar, dass ein solcher «Kampf» gegen Annexionen, eine solche «Einigkeit» in der Frage der Annexionen nichts als Heuchelei ist. Es ist klar, dass die französischen Sozialisten, die den Krieg um Elsass-Lothringen unterstützen, oder die deutschen Sozialisten, die nicht die Freiheit der Abtrennung Elsass-Lothringens oder Deutsch-Polens von Deutschland verlangen, oder der russischen Sozialisten, die den Krieg, der zur neuen Knechtung Polens durch den Zarismus führt, «Errettung des Vaterlandes» nennen — dass alle diese Sozialisten tatsächlich Annexionisten sind.

Soll der Kampf gegen Annexionen mehr denn eine hohle Phrase sein, soll er tatsächlich die Massen im Geiste des Internationalismus erziehen, so muss die Frage so gestellt werden, dass dem Volke die Augen geöffnet werden, damit es den Betrug in der Annexionsfrage wahrnimmt, nicht aber so, dass dieser Betrug verschleiert werde. Es genügt nicht, wenn ein Sozialist angibt, für die Gleichberechtigung der Nationen zu sein und schwört, gegen jede Annexion auftreten zu wollen. Jeder wirkliche Sozialist ist vielmehr verpflichtet, sofort und unbedingt die Freiheit der Abtrennung der Kolonien und Völker zu fordern, welche von seinem eigenen «Vaterlande» unterdrückt werden.

Bleibt diese Bedingung aus, so ist auch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und der Prinzipien des Internationalismus im Zimmerwalder Manifeste im besten Falle totgeborenes Wort.

6. Dem «Friedensprogramm» der Sozialisten wie auch ihrem Kampf für die Beendigung des Krieges muss eine Enthüllung der Lüge vom «demokratischen Frieden», von den «friedlichen» Absichten der kriegführenden Mächte etc. zugrunde liegen, — der Lüge, mit der sich heute demagogische Minister, Sozial-Chauvinisten und Kautskyaner aller Länder an die Massen wenden.

Jedes «Friedensprogramm» ist Heuchelei, wenn es nicht auf eine Propaganda für die Notwendigkeit der Revolution und auf die Förderung der überall beginnenden revolutionären Gährung im Volke fusst (Proteste, Verbrüderungsanknüpfungen in den Schützengraben, Streiks, Demonstrationen, Briefe der an der Front Kämpfenden an die Verwandten, die aufgefordert werden, nicht für die Kriegsanknüpfungen zu zeichnen etc.).

Die Unterstützung jeder Volksbewegung zugunsten des Kriegsschlusses ist eine Pflicht der Sozialisten. Tatsächlich aber erfüllen diese Pflicht nur jene Sozialisten, die — wie Liebknecht von der Rednertribüne der Parlamente — die Soldaten auffordern, die Waffen zu senken, die Revolution und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus predigen.

Um die Massen in den revolutionären Kampf hineinzuziehen, um ihnen die Notwendigkeit revolutionärer Massregeln für die Möglichkeit eines «demokratischen Friedens» beizubringen, muss als Losung aufgestellt werden: Verweigerung der Zahlung der Staatsschulden.

Es ist nicht genügend, wenn das Zimmerwalder Manifest die Revolution andeutet, indem es sagt, dass die Massen für ihre eigene Sache und nicht für eine fremde Opfer bringen müssen. Das Volk muss wissen, wohin und wozu es gehen soll. Es ist augenscheinlich, dass revolutionäre Aktionen während des Krieges den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus umwandeln müssen. Man muss dieses Ziel unzweideutig aussprechen, so schwierig auch das Erreichen des Zieles sein mag, da wir ja am Anfang des Weges stehen. Es ist nicht genügend, mit dem Zimmerwalder Manifest zu sagen, dass die Kapitalisten lügen, wenn sie von einer Verteidigung des Vaterlandes im gegenwärtigen Kriege reden, und dass die Arbeiter in ihrem revolutionären Kampfe nicht mit der militärischen Lage ihres Landes rechnen müssen. Man muss klar aussprechen, was hier nur angedeutet wird: dass nämlich nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Sozial-Chauvinisten die Massen irreführen, wenn sie den Begriff der «Vaterlandsverteidigung» in diesem imperialistischen Kriege anwenden. Dass eine revolutionäre Aktion während des Krieges unmöglich ist, ohne der «eigenen» Regierung mit ihrer Niederlage im Kriege anzudrohen; dass jede Niederlage der Regierung in einem reaktionären Kriege die Revolution erleichtert, die allein imstande ist, einen dauerhaften demokratischen Frieden herbeizuschaffen. Es muss endlich den Massen gesagt werden, dass es ohne die Gründung von illegalen Organisationen und einer illegalen, nicht der Zensur unterliegenden Presse unmöglich ist, den beginnenden revolutionären Kampf zu fördern, unmöglich den revolutionären Kampf vorzubereiten.

7. Was die parlamentarische Aktion der Sozialisten betrifft, so muss in Betracht gezogen werden, dass die Zimmerwalder Konferenz den fünf sozialdemokratischen Deputierten der Duma, die gegenwärtig in Sibirien schmachten, nicht nur ihre Sympathie ausdrückte, sondern sich auch mit ihrer Taktik solidarisch erklärte. Man kann nicht den revolutionären Kampf der Massen anerkennen und sich gleichzeitig mit einer ausschliesslich legalen Tätigkeit zufrieden stellen.

Eine solche Taktik führt lediglich zur berechtigten Unzufriedenheit der Massen, zu ihrem Austritt aus der Sozialdemokratie und ihrem Uebertreten zum antiparlamentarischen Anarchismus und Syndikalismus.

Man muss klar aussprechen, dass die S. D. Deputierten ihre Stellung ausnützen müssen, nicht nur um im Parlamente aufzutreten, sondern auch um eine allseitige, ausserparlamentarische Tätigkeit in Einklang mit den illegalen Organisationen und dem revolutionären Kampf der Arbeiter zu entfalten; dass die Massen selber durch ihre illegalen Organisationen die Tätigkeit ihrer Führer kontrollieren müssen.

8. Die Frage der Einberufung der I. S. B. röllt die prinzipielle Grundfrage auf, ob eine Einigkeit der alten Parteien und der zweiten Internationale möglich sei. Jeder weitere Schritt der internationalen Arbeiterbewegung auf dem Wege, der von Zimmerwald aus angezeigt wurde, zeigt die Inkongruenz der Position der Mehrheit der Zimmerwalder Konferenz: einerseits wird die Politik der alten Parteien und der zweiten Internationalen mit der bürgerlichen Politik in der Arbeiterbewegung identifiziert, mit einer Politik, die die Interessen der Bourgeoisie und nicht die des Proletariates fördert, andererseits befürchtet die I. S. K. eine Spaltung mit dem I. S. B. und verspricht, offiziell sich aufzulösen, wenn das I. S. B. wieder einberufen werden sollte. Wir stellen fest, dass über ein solches Versprechen in Zimmerwald nicht nur nicht abgestimmt wurde, sondern überhaupt nicht zur Sprache kam.

Das halbe Jahr, das nach der Zimmerwalder Konferenz verfloß, hat bewiesen, dass die Tätigkeit im Geiste der Zimmerwalder Konferenz — wir sprechen nicht von leeren Worten, sondern eben von einer Tätigkeit — in allen Ländern tatsächlich verknüpft ist mit einer Vertiefung und Erweiterung der Spaltung. In Deutschland werden illegale Proklamationen gegen den Beschluss der offiziellen Partei herausgegeben. Als Otto Rühle, der nächste Genosse Liebknechts, offen erklärte, dass es zwei Parteien gibt, eine, welche die Bourgeoisie unterstützt, und eine andere, welche mit der Bourgeoisie kämpft, so haben zwar viele, darunter Kautsky, Rühle gerügt, aber es hat ihn niemand widerlegt. In Frankreich schlägt der Sozialist Bourderon, ein ausgesprochener Gegner der Spaltung, seiner Partei eine Resolution vor, die, wenn angenommen, unbedingt eine Spaltung zur Folge hätte, nämlich: den Parteivorstand und die Parlamentsfraktion zu desavouieren («desapprouver la Comm. Adm. Perm. et le Gr. Parl.»). In England erkennt das Mitglied der I. L. P., T. Russel Williams, in der gemässigten Zeitung «Labour Leader» offen die Unvermeidlichkeit der Spaltung an, und er wird in Briefen dortiger Arbeiter unterstützt. Vielleicht aber

ist das Beispiel Amerikas noch lehrreicher, denn sogar dort, im neutralen Lande, zeigen sich zwei unversöhnbar feindliche Richtungen innerhalb der sozialistischen Partei: einerseits Anhänger der sogenannten «preparadness», d. h. des Krieges, des Militarismus und des Marinismus, andererseits predigen solche Sozialisten, wie Eug. Debs, offen den Bürgerkrieg für den Sozialismus, und zwar im Zusammenhang mit dem kommenden Krieg.

In der ganzen Welt ist die Spaltung tatsächlich schon da, es bestehen zwei unversöhnbare Stellungnahmen der Arbeiterklasse zum Krieg. Die Augen einfach zu schliessen geht nicht an, das könnte nur zur Verwirrung der Arbeitermassen führen, zur Verdunkelung ihres Bewusstseins, zur Erschwerung jenes revolutionären Kampfes, mit dem alle Zimmerwaldisten offiziell sympathisieren, und zur Stärkung des Einflusses jener Führer, die von der I. S. K. im Rundschreiben vom 10. II. 16 beschuldigt werden, die Massen irreführen und eine Verschwörung («Pakt») gegenüber dem Sozialismus vorzubereiten.

Das bankerott gegangene I. S. B. wiederherzustellen, möge den Sozial-Chauvinisten aller Länder vergönnt bleiben. Den Sozialisten aber liegt die Aufgabe ob, die Massen aufzuklären über die Unvermeidlichkeit der Trennung von denjenigen, die eine Politik der Bourgeoisie unter der Fahne des Sozialismus treiben.

## Berichte aus kriegführenden Ländern

### Deutschland.

Die Genossen *Adolf Hoffmann* und *Georg Ledebour* haben unterm 25. Februar 1916 an deutsche Parteikreise ein Zirkular gerichtet, in dem sie ihre Auffassung über die künftige Gestaltung der Internationalen in folgender Weise darlegen:

In der Parteipresse wie in bürgerlichen Zeitungen werden Mitteilungen aus Schriftsätzen veröffentlicht, die unter dem Namen *Spartakus* in Umlauf gebracht wurden. Was uns veranlasst, dazu Stellung zu nehmen, ist die Tatsache, dass jene Schriftsätze Propaganda zu machen suchen für eine durchgreifende Neugestaltung des gesamten sozialistischen Parteiwesens auf internationaler Grundlage durch zwölf Leitsätze, deren Eingangsformel lautet:

«Eine grössere Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands hat die folgenden Leitsätze angenommen, die eine Anwendung des Erfurter Programms auf die gegenwärtigen Probleme des internationalen Sozialismus darstellen.»

Diese Eingangsworte müssen bei uneingeweihten Lesern den Glauben erwecken, dass es sich da um eine gemeinsame Beschlussfassung und Kundgebung der gegenwärtigen Opposition in der sozialdemokratischen Partei handelt. Um einer solchen irrigen Auffassung entgegenzuwirken, halten die Unterzeichneten es für geboten, festzustellen, dass weder wir selbst, noch die ganz überwiegende Mehrheit der in den Gross-Berliner Organisationen im Sinne der Opposition tätigen Genossen mit dieser Kundgebung irgend etwas zu tun haben. Sie ist ohne unser Wissen und ohne unser Zutun zustande gekommen und verbreitet worden. Auch aus dem übrigen Deutschland waren nur vereinzelte Genossen an diesem Schritt beteiligt.

In Ergänzung dieses formalen Einspruchs haben wir auch Verwahrung einzulegen gegen den sachlichen Inhalt der fraglichen Kundgebung. Durch die Anbahnung einer organisatorischen Zusammenschweissung aller sozialistischer Parteien der Welt zu einem einheitlich zentralisierten Gebilde gehen die Leitsätze in ihren Zielen weit hinaus über das Erfurter Programm und das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie widersprechen in den entscheidenden Forderungen auch dem *Zimmerwalder Manifest*, auf dessen Boden wir stehen. Den zwölf Leitsätzen ist nämlich ein in sechs besondere Sätze zusammengefasster Entwurf zur Begründung einer neuen, der dritten Internationalen angegliedert, dessen Kern die beiden folgenden Sätze bilden:

3. In der Internationalen liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationalen geht allen andern Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich ausserhalb der Internationalen.

Die Durchführung dieses Programms würde die einzelnen Landesparteien zu untergeordneten Organen der zentralisierten Internationalen herabdrücken. Bisher waren die sozia-



listischen Landesparteien völlig selbständige, über ihre Satzungen und ihre Betätigung endgültig entscheidende Organisationen, die zu internationalen Zwecken nur föderativ verbunden waren. Alle Beschlüsse der internationalen Kongresse bedurften deshalb zur Durchführung in den einzelnen Ländern der Zustimmung der Landesorganisationen. Um da keinen Zwiespalt aufkommen zu lassen, arbeiteten die internationalen Kongresse auf möglichste Einmütigkeit der Beschlüsse hin. Niemals aber waren die Landesparteien nur unselbständige Glieder einer grossen internationalen Gesamtpartei. Das internationale Bureau vollends hatte nur die Funktionen der Anregung und Vermittlung, niemals die eines kommandierenden Generalstabs der Scharen des internationalen Proletariats.

Diese parteirechtliche Grundlage müsste völlig umgeändert werden, wenn der Spartakus-Plan verwirklicht werden sollte. Es geht aus dem Entwurf ganz klar hervor, dass künftig die Internationale für alle ihr angegliederten Sektionen in den einzelnen Ländern Beschlüsse mit bindender Kraft zu fassen hätte. Die Landesparteien, oder Sektionen, würden dann zu der zentralisierten Internationalen etwa in das nämliche Verhältnis treten, wie jetzt die Bezirksorganisation zu der deutschen Gesamtpartei. Die Leitung und Kontrolle der Landessektionen würden aber, nachdem die internationalen Kongresse die Direktive gegeben hätten, in die Hände einer Zentralbehörde gelegt werden müssen. Zu dem Zweck wäre das *internationale Bureau zu einem Zentralvorstand* auszubauen. Alle Nachteile der Schablonisierung und Bürokratisierung, die erfahrungsgemäss schon einem zentralen Landesvorstand anhaften, würden sich in dem internationalen Zentralvorstand vervielfachen. Der *demokratische Grundgedanke unserer proletarischen Partei*, dass alle Beschlüsse von unten herauf sich durchsetzen müssen, würde in dieser zentralisierten Internationalen sich fast völlig verflüchtigen. So etwas liess sich schon nicht durchführen, als noch ein Marx und Engels die erste Internationale ins Leben riefen, die es nur mit schwachen Gruppen von Mitkämpfern zu tun hatte. In der jetzigen Zeit, wo die Bewegung in den einzelnen Ländern so gewaltig erstarkt ist, würde ein solcher Versuch *sehr bald an den verschiedenen Reifegraden dieser Parteien und an der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Zustände scheitern*.

Und nun gar in *Kriegszeiten!* Da soll die gesamte Taktik von einer zentralen Internationalen aus dirigiert werden? Selbst wenn es möglich wäre, zu dem Zweck Vertreter der Sozialisten aller Länder, auch der kriegführenden, an einem Ort zusammenzubringen, so würde doch diese Körperschaft sehr bald des lebendigen Kontaktes mit ihren Auftraggebern entbehren und deshalb zur Ohnmacht verurteilt sein. Also, von welcher Seite man den Plan auch ansieht, er ist völlig unbrauchbar.

Nun steht es natürlich jedem Parteigenossen frei, Pläne zu entwerfen, welche er will, und sie innerhalb der Partei zur Diskussion zu stellen. Nur dünken uns Zeiten des Belagerungszustandes besonders ungeeignet für die Durchführung von Organisationsprojekten von solcher Tragweite. Aber die Urheber jenes Entwurfs haben obendrein den ganz undemokratischen Versuch gemacht, *ehe* sie ihren Plan in Deutschland bekanntgaben, die Zustimmung einer internationalen Konferenz dafür zu gewinnen.

Als Anfang Februar in *Bern* zur weitem Förderung der in Zimmerwald angebahnten Friedensbewegung eine internationale Konferenz stattfand, wurde ihr von einer Seite der *Spartakus-Plan zur Beschlussfassung unterbreitet*. Allerdings erfolglos, denn die überwiegende Mehrheit der Konferenz wies diese Zumutung gegen vereinzelte Stimmen zurück.

Aus dieser Mitteilung haben wir mit Genugtuung ersehen, dass wir auch jetzt noch uns in Uebereinstimmung befinden mit der Mehrheit der Genossen, die in Zimmerwald mit uns zusammen gewirkt haben. Wohl wünschen wir alle eine baldige Wiederbelebung und wachsende Kräftigung der Internationalen, aber ohne dabei die Selbständigkeit der einzelnen Landesorganisationen antasten zu wollen. Wir haben mit Freuden zugegriffen, als die Zimmerwalder Konferenz die Handhabe zu einer solchen Wiederbelebung bot, und sind entschlossen vorwärtsgegangen auf dem betretenen Wege. Der Spartakus-Plan lenkt jedoch von diesem Wege vollständig ab.

So weit, was unsere Stellung zu dem Gründungsplan für eine neue Internationale anbetrifft. Nur wenige Worte über den sonstigen Inhalt der Schriftstücke, die von Spartakus versandt wurden. Obgleich wir der darin ausgesprochenen Absicht, die Opposition gegenüber der Politik der Partei-Instanzen zur tatkräftigen Vertretung der sozialdemokratischen Grundsätze anzufeuern, durchaus beipflichten, fordert doch die Art und Weise, wie das versucht wird, unsern entschiedensten Widerspruch heraus. Spartakus bemüht sich nämlich, nachzuweisen, dass die 20 Abgeordneten, die am 21. Dezember gegen die Kriegskredite gestimmt haben — mit zwei rühmlichen Ausnahmen — ganz unzuverlässige Leute seien, vor denen die Parteigenossen nicht genug gewarnt werden kön-

nen. Sein brennender Eifer verführt ihn dabei zu falschen sachlichen Urteilen und ungerechten persönlichen Angriffen.

Diese Spartakus-Taktik leitet nur Wasser auf die Mühlen der Fraktionsmehrheit und der Partei-Instanzen.

Die Bestrebungen, die darauf abzielen, die grundsätzliche sozialdemokratische Taktik in der Partei wieder zur Geltung zu bringen, können nur dann sich durchsetzen, wenn ihre Vertreter in der gegenwärtigen Situation unter Verzicht auf Streitereien wegen abweichenden Verhaltens in der Vergangenheit sich einträchtlich zu gemeinsamen Aktionen zusammenschliessen. Würde jedoch die Spartakus-Taktik Anklang finden bei den Genossen, so müsste das zur Zerrüttung und Lähmung der oppositionellen Bewegung führen. Wir wollen aber den baldigen und durchgreifenden Erfolg, den uns nur das vertrauensvolle Zusammenwirken aller Freunde unserer Sache verbürgt.

Wir geben diese Erklärung ab im Einverständnis mit den Genossen, die in gleichem Sinne wie wir in den Organisationen Gross-Berlins tätig sind.

Adolf Hoffmann. Georg Ledebour.

## Die deutsche Sozialdemokratie und der Krieg.

Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Von den sozialdemokratischen Parteien aller Länder ist die deutsche am schwersten von der Krise getroffen, in die der Weltkrieg die sozialistische Internationale gerissen hat. Bei keiner ist der Gegensatz zwischen politisch-parlamentarischen Handlungen vor und nach Kriegsausbruch so unüberbrückbar gross, wie bei der deutschen Sozialdemokratie. Die *Spaltung der Reichstagsfraktion* ist das nächste unumgängliche Ergebnis. Alles tadeln und moralisieren der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes darüber ist töricht und zeigt nur, dass man dort die Situation nicht begreift. Die neuerdings beliebten Gewaltmassregeln gegen Angestellte und Organe, die zur Minderheit halten, giessen Oel ins Feuer. Vielleicht erinnert man sich jetzt des Vergleichs mit dem brennenden Hause, den die Kriegskreditbewilliger im Anfang zu ihrer Rechtfertigung zogen. Sie haben sich dem Kriege gegenüber als ebenso schlechte Feuerwehrlente erwiesen, als wie jetzt gegenüber dem Brande in der Partei. Ihr geistiges Rüstzeug reicht bei weitem nicht aus. Doch verlassen wir das Bild.

Die Gegensätze innerhalb der deutschen Partei datieren nicht erst seit Kriegsbeginn. Der Streit zwischen rechts und links kam schon kurz nach Schaffung des Erfurter Programms 1894 auf dem Parteitage in Frankfurt a. M. in die Erscheinung. Später fand er Ausdruck in den heftigen Auseinandersetzungen über die Budgetfrage. — In Nürnberg und Magdeburg war er schon nahe an der Spaltung. In neuerer Zeit wirkte *das gewerkschaftliche Element* in Parteivorstand und Reichstagsfraktion stark zersetzend. Seitdem die Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteivorstand zusammenarbeiten, ist das erfolgreiche Drängen der ersteren nach rechts offenkundig. Schon vor Kriegsausbruch war diese Entwicklung bereits so weit vorgeschritten, dass die Partei auf jede wirkliche revolutionäre Aktion der Massen verzichtete, weil die Gewerkschaftsführer nicht mitmachten. Ein weiteres Moment sind die grossen wirtschaftlichen Einrichtungen der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, um die man fürchtet. Die Volkshäuser und Zeitungsdruckereien haben das politische Prinzip des *Klassenkampfes* erschlagen. Die Organisation ist rein Selbstzweck geworden. Die Folge davon ist, dass sich die Partei um alle Macht und um allen Respekt bei der Bourgeoisie gebracht hat, denn eine scheinbar noch so mächtige Partei, die nur viele Worte macht, im entscheidenden Moment mit ihren Taten ganz entgegengesetzt *handelt*, nicht zu ihren Worten steht, ihr Prinzip verleugnet, wird nicht mehr ernst genommen. Unter solchen Umständen kann von einer ausgleichenden und zusammenführenden Entscheidung kaum noch die Rede sein. Eine Entscheidung kann nur nach der einen oder anderen Seite fallen. In jedem Falle würde die eine oder die andere Gruppe ihre Auffassung völlig preisgeben müssen, wenn es bei der bisherigen Parteieinheit bleiben soll.

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion ist gefangen in der Politik, die sie am 4. August 1914 begann. Nicht diese erste Kreditbewilligung an sich ist das wichtigste — sie konnte ein Irrtum sein, wenn auch ein recht bedenklicher. Dass diese erste Bewilligung zum Ausgangspunkt einer *völlig antisozialdemokratischen Politik* wurde, die man nun fast zwei Jahre unentwegt treibt, das ist der geistige Zusammenbruch. Schon die erste Erklärung, die die Mehrheit der Fraktion an jenem 4. August im Reichstag abgeben liess, ist ein einziger grosser Widerspruch. Ganz richtig wird da gesagt, dass der Welt-

krieg durch die kapitalistisch-imperialistische Wirtschaft hervorgerufen ist. Das hatten wir ja «immer gesagt». Natürlich kann ein solcher Krieg auch nur kapitalistisch-imperialistischen Interessen dienen. Es gibt keine andere Logik wie die, solem Krieg auf keinen Fall die nötigen Mittel zu bewilligen. Die Erklärung aber macht aus dem Krieg, den die *besitzenden Klassen* der einzelnen Länder gegeneinander führen, einen — Verteidigungskrieg um die Interessen der Arbeiterklasse. Das war ein Stoss ins Herz der Internationale. Geführt von der Partei, die bis dahin die mächtigste, einflussreichste, führende war; die den internationalen Kongressen die Richtung gab; die den wissenschaftlichen Sozialismus hervorbrachte, der die Grundlage der Programme der sozialdemokratischen Parteien aller Länder wurde. Daher trifft die deutsche Sozialdemokratie vor allem die grösste Schuld an der Zerstörung der Internationale. Ihre Kriegspolitik im Reichstage ist ausgesprochen nationalistisch; sie stützt mit aller Kraft das System, das sie bisher mit den schärfsten Worten bekämpfen musste. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, dass das Beharren in dieser Politik hauptsächlich mit schuld an der langen Dauer des Krieges ist. Ohne die tatkräftigste Mithilfe der Sozialdemokratie in militär- und sozialpolitischer Beziehung wäre eine so lange Dauer dieses Krieges nicht möglich. Und es ist ganz falsch, zu behaupten, man habe sich in bezug auf die Möglichkeit der Dauer eines Weltkrieges getäuscht; die kapitalistische Gesellschaft sei doch noch viel fester und leistungsfähiger, als man geglaubt habe. Angenehm enttäuscht und hochofren ist nur die besitzende Klasse, da sie sieht, wie die so mächtige deutsche Sozialdemokratie ihr die Kastanien aus dem Feuer holt.

«Haben wir das nicht gut gemacht?» — so soll ein hoher Regierungsbeamter glückstrahlend erklärt haben, als es feststand, dass die Reichstagsfraktion auf den Leim: «Verteidigungskrieg gegen den Zarismus» kriechen werde. Wusste doch die Regierung, dass man der deutschen Arbeiterklasse diese Formel jahrzehntlang förmlich eingepfiff hatte. Dass sich inzwischen die Weltgeschichte ein wenig veränderte, tut nichts zur Sache. Obwohl ein Dr. Lensch schon 1907 auf dem Parteitag in Essen mit Nachdruck gegen Noske darauf hinwies, dass das Schlagwort «Gegen den Zarismus» nach der russischen Revolution zu einer reaktionären Phrase geworden ist, deklamiert man lustig Marx, Engels, Bebel etc. durch Zitate, die auf die gegenwärtige Zeit schon längst nicht mehr passen. In welche Sackgasse dieser verhängnisvolle Standpunkt von der «Verteidigung des Vaterlandes» und zu welchen unerhörten Widersprüchen er die Mehrheitspolitik führen musste, hat der bisherige Verlauf der Dinge mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Zuerst verstand man unter Verteidigung des Landes die «Sicherung der Grenzen». Das heisst, man müsse mitsorgen helfen, damit der Feind nicht ins eigene Land kommt, oder hinausgetrieben wird, wo er hereinbrach. Das ist längst erreicht. Die Truppen der Zentralmächte haben Belgien und Serbien niedergetreten, Nordfrankreich besetzt, sie stehen weit in Russland, Polen ist genommen. Die Fraktionsmehrheit bewilligt aber weiter Kriegskredite, stützt und billigt weiter die ganze deutsche Kriegführung, da — die Grenzen *noch* nicht «gesichert» seien. Man müsste die sozialdemokratischen Mehrheitspolitiker wirklich für Troddel halten, wollte man ihnen den guten Glauben an solche Logik noch zusprechen! — In dem gleichen Atemzuge erklärt man pathetisch: die deutsche Regierung soll Frieden schliessen, sobald die Entente «zum Frieden geneigt» ist. Von ihr verlangt man das und entrüstet sich darüber, dass dort noch keine Geneigtheit besteht, nach solcher Auffassung nicht bestehen kann, wenn man auch der Entente den Standpunkt auf Sicherung der Grenzen *ihrer* Länder zugesteht. Das nennt sich noch immer internationale sozialdemokratische Politik! Die deutsche Fraktionsmehrheit liefert den französischen Durchhaltesozialisten geradezu die Gründe für ihr verkehrtes nationalistisches Verhalten. Auf diese Weise wird die Internationale immer mehr zerstückelt, die Arbeiterklasse der kriegführenden Länder auseinandergebracht. Aus der von Marx geforderten Einigkeit der Proletarier aller Länder wird die Solidarität zwischen den Besitzenden und Arbeitern der einzelnen Länder.

In engster Verbindung damit steht die *Annexionsfrage*. Auch in dieser Beziehung ist die deutsche Fraktionsmehrheit Schritt um Schritt vor der bürgerlichen Eroberungssucht und der Regierung zurückgewichen. Mit kräftigen Worten hat man sich im Anfang gegen jede Annexionsabsicht gewehrt. Die Kredite sollten verweigert werden, sobald solche Absichten erkennbar würden. Mit der Zeit hat sich die Mehrheit aber auch in dieser Hinsicht in eine ganz andere Anschauung hineingelebt, um — weiter mit der Regierung für die kapitalistischen Interessen «durchhalten» zu können. Es fing an mit der Behauptung, eigentlich sei der Begriff gar nicht genau und eindeutig. Einfluss in den eroberten Ländern auch nach dem Kriege, Verschiebungen der Grenzen und

ähnliches wird zurzeit schon als selbstverständlich gehalten und eine ganze Anzahl sozialistischer Mehrheitspolitiker sind in der Parteipresse ziemlich unverhüllt für Annexionen eingetreten. Dieselben Leute finden es aber absurd, wenn man in Frankreich Elsass-Lothringen noch nicht verschmerzen kann. — Vor kurzem hat Bethmann-Hollweg im Reichstag in einer Weise geredet, dass nunmehr jeder Zweifel an *weitgehenden Annexionsabsichten der deutschen Regierung* ausgeschlossen ist. Hat man etwa Sturm dagegen gelaufen und entsprechende Aktionen unternommen? Nichts von alledem! Die beiden Mehrheitsredner sind verlegen um die Sache herumgegangen, obwohl alle bürgerlichen Fraktionsredner das glatte eindeutige Annexionsbekenntnis der Reichsregierung begrüsst und unterstrichen. — So ist es tiefer und tiefer gegangen. Es gibt keinen Halt mehr auf dieser Bahn, und die Fraktionsmitglieder, die eine solche Politik nicht mitmachen wollen, *mussten* sich von der Mehrheit trennen, wollten sie sich im Parlament Aktionsmöglichkeit und Bewegungsfreiheit sichern. Es ist lächerlich, diesen Vorgang mit dem Masse der Fraktionsdisziplin zu messen.

Wenn die Fraktionsspaltung aber der Mühe und der Sache wert sein soll, wird die Minderheit zu kräftigen, den sozialdemokratischen Standpunkt scharf herausarbeitenden Vorgehen im Reichstage sich verstehen müssen. Sonst hätte die Trennung weder Zweck noch Sinn. Im Reiche macht die Opposition unter den Massen der Genossen rüstige Fortschritte. Hier und da sind bereits ganze und grosse Organisationen auf die Seite der Minderheit getreten; so z. B. die Bezirke Leipzig, Berlin, Niederrhein, Thüringen, Braunschweig, Königsberg, Halle; ausserdem auch einzelne Kreisvereine. In vielen Bezirken steht es zwischen hüben und drüben auf des Messers Schneide. Dem Parteivorstand scheint denn auch bange um seine Position zu werden. Er ist von Tadelsbeschlüssen nun zu Gewaltmassregeln übergegangen. Er hat offenbar die Absicht, unter Missbrauch seiner Parteiamtsgewalt rücksichtslos gegen die führenden Genossen der Minderheit vorzugehen, die sich in irgend einer Parteistellung oder in einem Ehrenamt befinden. Er meint wahrscheinlich, damit der Opposition die Führung zu nehmen, die in Betracht kommenden Genossen mit der Drohung der Entziehung des Brotkorbes einzuschüchtern. Der «Vorwärts» ist nicht nur unter die Militärzensur, sondern auch unter die des Parteivorstandes gestellt, wie treffend ein bürgerliches Blatt schrieb. Und das alles im Namen der Demokratie und für die Parteeinheit! Man müsste eigentlich fragen, ob denn diese Menschen noch bei Sinnen sind. Denn dass ein derartiges Verfahren die Krise verschärfen, den Zerfall beschleunigen, die Partei zerreißen muss, ist doch jedem klar.

Die Opposition muss demgegenüber kühles Blut bewahren und unbeirrt so lange es nur irgend geht im Rahmen der Organisation und mit deren Hilfe sich betätigen. Sie muss vor allen Dingen *einig* vorgehen! Das ist jetzt mehr nötig, denn je. Denn der Parteivorstand hat es in erster Linie auf eine Zersplitterung der Minderheit in ihrem Vorgehen abgesehen. Theoretische Meinungsverschiedenheiten bestehen natürlich unter den Anhängern der Minderheit ebenso, wie unter denen der Mehrheit. Sie müssen in der gegenwärtigen Situation etwas zurücktreten, damit die Opposition ihre Aktionen möglichst wirksam gestalten kann. Sie hat zu fordern: Verneinung des Verteidigungsprinzips für diesen Krieg, Initiative der deutschen Regierung für *schleunige Herbeiführung des Friedens*, Bruch mit dem Burgfrieden, Führung des Klassenkampfes. In diesem Sinne muss besonders die Minderheit im Reichstage vorgehen; sie wird einen starken Widerhall bei den Massen finden.

Noch ein Wort über die Wirkung eines solchen Vorgehens im Auslande. Die Mehrheit wirft der Minderheit vor, dass deren Verhalten bei den sozialistischen Parteien und den Regierungen der Entente erst recht den Widerstand reize. Darauf kann es der Minderheit nicht ankommen. Sie muss vielmehr von dem Standpunkte ausgehen, dass ihr Verhalten stimulierend auf *die Minderheiten* der Sozialdemokratie in jenen Ländern wirkt. In erfreulicher Weise scheinen sich in dieser Beziehung besonders in Frankreich jetzt günstige Wirkungen zu zeigen. Auf die Umkehrung oder Bekehrung der sozialistischen Kriegspolitiker kann nicht gerechnet werden. Diese Leute können einfach nicht mehr zurück. Wir haben es oben an dem abschreckenden deutschen Beispiele gezeigt. Man kann nicht Unmögliches verlangen. Wer zwei Jahre lang ein halbes Jahrhundert Parteigeschichte und Tradition verleugnet, Beschlüsse der nationalen und internationalen Parteitage mit Füßen getreten, der Partei Sinn und Wesen genommen, sie ihres Prinzips beraubt hat, dem ist es unmöglich, die Partei nunmehr noch als Hebel im Kampfe gegen den Krieg zu benützen. Der Weltkrieg ist doch nicht nur eine Episode, während der sich die Sozialdemokratie einfach ausschalten kann, wo sie doch gerade ihre grösste Mission zu erfüllen hat. Wer die Sache so mechanisch auffasst, der hat den wissenschaftlichen Sozialismus nie begriffen. Er

muss international oder er wird nicht sein! Der Internationale aber hat die Kriegspolitik der sozialistischen Fraktionsmehrheiten in Deutschland und Frankreich vorläufig den Rücken gebrochen. Also müssen die Minderheiten, muss die Opposition überall energisch versuchen, den Boden gemeinsamen Kampfes zu schaffen. Möge das recht bald gelingen.

## Bericht an die Internationale Kommission.

Von anderer Seite wird uns aus Deutschland noch geschrieben:

In Deutschland erstickt der bleierne Druck des Belagerungszustandes das öffentliche Leben. Am meisten leiden darunter diejenigen Sozialdemokraten, die getreu den Grundsätzen unserer Partei gegen die Bewilligung der Mittel zur Fortführung des imperialistischen Weltkrieges und für einen baldigen annexionslosen Frieden wirken. Aus den Zeitungen sucht die Zensur jede der Regierung und den herrschenden kapitalistischen Kreisen missliebige Bemerkung auszumerzen, natürlich immer unter dem Vorwande der Wahrung militärischer Interessen. Öffentliche Volksversammlungen werden überhaupt nicht gestattet. Mitgliederversammlungen sozialdemokratischer Vereine sind bis auf kümmerliche Reste eingeschränkt. Den oppositionellen Sozialdemokraten sucht man durch allerhand Polizeischikanen das Reden unmöglich zu machen, einzelnen ist es überhaupt verboten. Im niederrheinisch-westfälischen Bezirk hat das Generalkommando den oppositionellen Sozialdemokraten die schier unglaubliche Zumutung gestellt, sich das Recht zum Reden dadurch wiederzuerkaufen, dass sie ihre Unterschrift unter der Erklärung der Opposition vom 9. Juni 1915 gegen die offizielle Parteipolitik mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehen und sich schriftlich verpflichten, nichts mehr gegen die bewilligungseifrige Fraktionsmehrheit zu sagen.

Vervollständig wird diese systematische Meinungsunterdrückung noch dadurch, dass einzelne Genossen, trotzdem sie von einer gegen sie erhobenen politischen Anklage vom Gericht freigesprochen wurden, oder gegen die nicht einmal eine Scheinanklage erhoben werden konnte, in militärische Schutzhaft genommen und in strengem Gewahrsam gehalten werden.

Während nun aber durch diese Versklavungspraktiken die mit der Haltung der Fraktionsmehrheit einverständlichen Genossen sich nicht abhalten lassen von der dauernden Unterstützung der Regierungspolitik, wird die Opposition dadurch um so mehr angespornt, in jeder Weise unsern Bestrebungen durch Wort und Schrift Bahn zu brechen. Allerdings hindern uns die geschilderten Rechtszustände, öffentlich Rechenenschaft über unsere propagandistische Tätigkeit im einzelnen abzulegen, oder an bestimmten Vorkommnissen nachzuweisen, inwieweit das klassenbewusste Proletariat bereits dem Rufe der sozialdemokratischen Opposition Folge leistet. Unsere Erfolge in den Wahlkreisorganisationen liefern uns aber doch einen Masstab für den Stand unserer Bewegung. Was wurde erreicht, seitdem im September 1915 durch das Zimmerwalder Manifest die Wiederbelebung des internationalen Geistes versucht wurde?

Die Verbreitung des Manifestes wurde in ganz Deutschland bewerkstelligt, verzögerte sich aber durch Schwierigkeiten bei der Drucklegung. Die Teilnehmer an der Konferenz und andere Genossen erwirkten durch eifrige Agitation in den Organisationen Zustimmungen zu den Zimmerwalder Beschlüssen. Auch innerhalb der Reichstagsfraktion kam im wachsenden Masse die Erkenntnis zum Durchbruch, dass die Minderheit bei ihrem Widerstand gegen die Kreditbewilligung sich nicht mehr mit Protesten innerhalb der Fraktion begnügen dürfe. Als im Dezember 1915 der Reichstag abermals vor die Frage der Kreditbewilligung gestellt wurde, stimmten in der sozialdemokratischen Fraktion 44 Abgeordnete gegen die Kredite. Am 21. Dezember entfernten sich von ihnen dann 22 vor der Abstimmung aus dem Saal, während 20 im Plenum gegen die Kredite gestimmt und ihre Abstimmung mit einer Erklärung im Plenum begründet haben. Diese Erklärung beschränkte sich auf eine kurze Zusammenfassung der hauptsächlich für die Ablehnung massgebenden Gründe. Die eine Wendung, dass das Ziel der Sicherung erreicht sei, ist vielfach so missdeutet worden, als ob die 20 sich damit auf den prinzipiellen Standpunkt der Fraktionsmehrheit vom 4. August 1914 stehen wollten. Demgegenüber legen wir Wert darauf, festzustellen, dass bei der Vorberatung der Erklärung diese Wendung damit begründet wurde, sie solle der Mehrheit ein von ihr selbst ursprünglich vorgebrachtes Argument für die Bewilligung aus der Hand schlagen. Allseitig wurde betont, dass damit in keiner Weise der Standpunkt der Mehrheit vom 4. August 1914 gerechtfertigt werden sollte.

Die Aktion der 20 brachte in den Wahlkreisen die Kundgebung gegen die Kreditbewilligungen wiederum stärker in Fluss. Leider kann unter dem Belagerungszustand das Urteil der Gesamtheit der Parteigenossen nicht klar zum Ausdruck

kommen. Das Ergebnis würde sonst noch weit günstiger sein. Aber sogar die Funktionärsversammlungen haben sich in folgenden Wahlkreisen für die Opposition der 20 und damit auch für die in dem Zimmerwalder Manifest empfohlene Politik entschieden. (Diese Wahlkreise sind, je nach der Haltung ihrer Vertreter, in drei Gruppen zerlegt. Jede Gruppe ist nach der Reihenfolge der amtlichen Numerierung geordnet.)

1. Wahlkreise, die die Haltung ihres zu den 20 gehörenden Abgeordneten gebilligt haben: Königsberg, Berlin IV, Berlin VI, Niederbarnim, Potsdam, Halle, Nordhausen, Remscheid, Dresden-Land, Pirna, Leipzig-Land, Gotha, Gera, Bremen; im ganzen 14.

2. Wahlkreise, die entgegen der Haltung ihres sozialdemokratischen Abgeordneten sich für die Abstimmung der 20 erklärt haben: Berlin II, Berlin III, Berlin V, Bitterfeld, Weissenfels, Erfurt, Hagen, Düsseldorf, Solingen, Hanau, Zittau, Braunschweig, Greiz (13).

3. Wahlkreise, die nicht von Sozialdemokraten vertreten sind: Berlin I, Merseburg, Mansfeld, Wittenberg, Torgau, Langensalza, Essen, Duisburg, Wiesbaden, Friedberg, Sondershausen (11).

Aus einer Anzahl der hier genannten Wahlkreise sind nun Genossen der Opposition zusammengetreten, um Stellung zu nehmen zu der geplanten neuen internationalen Konferenz.

Die Beteiligung an der Konferenz wurde gebilligt.

Für die Aufgaben der Konferenz erkennen wir die Begrenzung an, die in dem Bulletin Nr. 3, vom 29. Februar 1916, gezogen wurde:

«Die Konferenz selbst soll im Rahmen der Zimmerwalder Beschlüsse vorbereitet und durchgeführt werden. Ihr Ziel soll nicht die Lostrennung der Arbeiter von ihren bisherigen Organisationen sein, sondern vielmehr darin bestehen, innerhalb dieser Organisationen und Verbände für die geistige Erneuerung des Proletariats zu wirken und der Arbeiter-Internationalen einen sozialistischen Inhalt zu geben, der den Widerstand des Nationalismus und Chauvinismus überwindet und eine einheitliche Aktion der Arbeiterklasse im Kriege wie im Frieden ermöglicht.»

Im Sinne dieser Darlegung halten wir die Konferenz nicht für befugt, eine «dritte Internationale» auf ganz neuer organisatorischer Grundlage zu begründen. Ein solcher Versuch, der obendrein dem demokratischen Leitgedanken unserer Bewegung, dass alle programmatischen und organisatorischen Neugestaltungen von unten herauf sich durchsetzen müssen, direkt widerspricht, könnte nur zu zerrüttenden Kämpfen innerhalb der einzelnen Landesorganisationen führen. Das Hauptziel der Konferenz muss darin bestehen, die opfer- und tatbereiten Elemente unserer Bewegung zu Aktionen für die schleunige Herbeiführung des Friedens zusammenzuführen.

In demselben Geiste fassen wir auch unsere Aufgabe in Deutschland so auf, dass wir einzutreten haben für die Stärkung des internationalen Geistes innerhalb der bestehenden sozialdemokratischen Parteiorganisationen, für den entschiedenen Klassenkampf ohne Rücksicht auf den lähmenden Burgfrieden, und zwar im Reichstag und in den Landesparlamenten sowohl wie in der Presse und in der breitesten Öffentlichkeit. Wir werden diese Aufgabe durchzusetzen suchen in Anerkennung und Befolgung der Beschlüsse unserer Parteitage und der Internationalen Kongresse. Die gleiche Anerkennung verlangen wir auch von der Gesamtpartei und ihren Organen. Der Abgeordnete und der Parteibeamte, der dieser grundsätzlichen sozialdemokratischen Politik Widerstand leistet, gehört nicht an seinen Platz. Pflicht der Parteigenossen in allen Teilen Deutschlands ist es, darauf hinzuwirken, dass die Einheit und Geschlossenheit der Partei in der grundsätzlichen Bekämpfung der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung wieder hergestellt wird. Unser Hauptaugenmerk haben wir auch zu richten auf die baldige Beendigung der entsetzlichen Menschenschlächtereie durch einen baldigen Frieden, der die Gewähr der Dauer in sich trägt, weil er verzichtet auf Eroberung und Unterjochung und so dem Emanzipationskampfe des Proletariats freie Bahn in allen Ländern schafft.

## Oesterreich.

Die Wiener Arbeiterzeitung, Nr. 98, vom 8. April 1916, enthält einen ausführlichen, aber von der Zensur arg verstümmelten Bericht über eine Reichskonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, die vom 25. bis 28. März 1916 in Wien stattfand. Die Konferenz zählte 246 Teilnehmer, davon 157 aus Wien.

Der Bericht der Arbeiterzeitung enthält auch einige Angaben über die Behandlung der Themas: *Die Partei und die Internationale*. Wir geben den betreffenden Abschnitt mit den durch die Zensur veranlassten Lücken wieder:

«Berichterstatteur zu diesem Punkte, dem der vierte und letzte Sitzungstag gewidmet wird, ist Dr. Adler. Er gibt vor

allein eine Darstellung der Vorgänge im Internationalen Bureau vor Kriegsausbruch und legt dann die Gründe für die Haltung der sozialistischen Parteien gegenüber dem ausgebrochenen Kriege dar. Die Internationale war immer und konnte nichts anderes sein als der Bund von national organisierten Parteien, die in ihrem Lande wirken und die Interessen ihres Proletariats in erste Linie stellen und aus dem Interesse ihres Proletariats den Bund aller Proletariate wollen. Und dass dieser Bund notwendig ist, dass er allein uns dem Ziele näher bringen kann, ist Grundlage und Wesen der sozialistischen Bewegung. Der Krieg ist eine so gewaltig-entsetzliche Sache, dass es ein Wunder wäre, wenn irgend eine Institution ihm standgehalten hätte. Dass sich die Organisation der Internationale nicht erhalten liess, während die Proletariate gezwungen sind, gegeneinander zu kämpfen, ist erklärlich, wenn auch noch so schmerzlich. Wir haben in allen Formen Bemühungen gemacht, eine Konferenz des Internationalen Bureaus zustande zu bringen. Wir haben nicht geglaubt, dass dadurch dem Krieg eine entscheidende Wendung gegeben werden könnte; uns wenigstens hat es sich vornehmlich gehandelt um die Erhaltung der Internationale. Streitende Brüder sind noch immer Brüder. Die Wiederherstellung der Internationale nach dem Kriege wird keine leichte Aufgabe sein; nicht jeder wird sich sofort befreien können von der Hitze des Kampfes. Aber es wird nach dem Kriege, vielleicht noch während des Krieges eine Annäherung der Gesamtparteien wohl möglich sein. Es wird eine Zeit der Schwierigkeiten, des allmählichen Verhandels kommen, aber wir werden uns wieder finden, weil wir uns finden müssen . . . Adler beschäftigt sich nun mit den Bestrebungen auf Herbeiführung einer neuen Internationale, die nicht die Gesamtparteien vereinigen will, sondern eine Verbindung zwischen Teilen von ihnen herbeizuführen sucht. Das ist vielleicht eine begreifliche, aber keine nützliche Erscheinung, weil derartige Bestrebungen geeignet sind, die Gegensätze herauszutreiben und, da sie als eine Opposition gegen die Gesamtpartei auftreten, den Krieg gegen die eigene Partei zur eigentlichen Sache machen. Was sich heute in Deutschland abspielt, das ist, wenn auch die Spaltung der Fraktion noch nicht die der Partei ist, etwas ganz Furchtbares und sollte für alle Parteien ein warnendes Beispiel sein . . . Wir begrüßen jede Bemühung, das Proletariat zusammenzuknüpfen, wir verurteilen aber aufs schärfste jedes Unternehmen, das die einzelnen sozialistischen Parteien auseinanderzureissen geeignet ist. Die Internationale kann nichts anderes sein als das Produkt der einzelnen Parteien, sie hat keine Kraft, die nicht gezogen wäre aus der Kraft der Parteien der einzelnen Proletariate. Wir sind gegen jede Bestrebung, die geeignet ist, die Einigkeit, Kraft und Macht der Partei und ihre Bereitschaft zu stören für den Moment, wo sie wieder zu Aktionen fähig und verpflichtet sein wird.

«Die Debatte bewegte sich in der Hauptsache um eine Resolution, die von Friedrich Adler und Genossen eingebracht wurde. Die Resolution besagt:

«Es ist in diesem Kriege offenbar geworden, dass die grossen Probleme, vor die Europa gestellt ist, die Sicherung der nationalen Autonomie der Völker und die Ordnung der Weltwirtschaft durch Begründung der Handels- und Verkehrsfreiheit für alle Staaten der Welt nicht im Wege der Waffen gelöst werden können. Dass im Gegenteil der Friede nur kommen und die Rückkehr zu den Kulturaufgaben nur erfolgen kann, wenn sich in allen kriegführenden Staaten die Erkenntnis durchsetzt, dass die Weiterführung des Krieges zwecklos ist und ihm nur eine Vereinbarung auf demokratischer Grundlage ein Ende zu setzen vermag.» Die Resolution erklärt «die ZerreiSSung und Spaltung der Einheit der Arbeiterbewegung als notwendige Folge der bisherigen Stellungnahme der Mehrheiten der sozialistischen Parteien zum Kriege» und begrüsst deshalb alle in den Minoritäten der sozialistischen Parteien verkörperten Bestrebungen, die der internationalen Solidarität auch im Kriege Ausdruck geben. «Die Einigkeit der sozialistischen Organisationen kann nur erlangt werden, wenn sich die Sozialisten aller Länder entschliessen, die Beschlüsse der internationalen Kongresse in allen internationalen Fragen als bindend anzuerkennen.» Für die Resolution und in ihrem Sinne sprachen Kiesewetter (Trautenau), Friedrich Adler, Amalie Seidel, Therese Schlesinger, Danneberg, Müller (Landstrasse), Pick (Wien), Marie Bock; gegen sie Rudolf Müller (Steinarbeiter), Ellenbogen, Austerlitz, Schiegl, Schober (Wien), Rösch (Stockerau), Muchitsch (Graz), Renner, Rappoldi (Innsbruck) Abram (Innsbruck), Ausobsky (Graz). Sein Schlusswort schloss Dr. Adler mit folgenden, mit stürmischem Beifall begrüßten Worten: Setzen Sie Ihre ganze Kraft, Ihre ganze Liebe zu unserer Sache, unsere ganze Hoffnung und Siegesgewissheit, dass selbst nach dem, was wir heute erleben, auch unser Tag kommen wird, setzen Sie alles das ein, damit unsere Partei nach dem Kriege aktionsfähig ist und betrachten Sie die Meinungsverschiedenheiten, die uns heute erregen, als vorübergehende Erscheinungen, als Krankheitssymptome dieser ungeheuren Zeit, da alle Menschen vom

Fieber geschüttelt werden, und vertrauen Sie auf unsere Zukunft, die von niemandem gestört werden darf! Bleiben wir einig und zum Zeichen dieser Einigkeit nehmen Sie die Resolution des Parteivorstandes an! Wir stimmen für die Sozialdemokratie, für eine starke und einig Sozialdemokratie!

Die Resolution Friedrich Adler wird mit allen gegen fünfzehn Stimmen abgelehnt. Sodann wird einstimmig die nachfolgende Resolution Dr. Viktor Adlers, die vom Parteivorstand vorgelegt ist, angenommen:

«Die Konferenz der deutschen Sozialdemokratie (Zensur). Sie begrüsst die sozialistischen Arbeiter in allen Ländern (Zensur) und ist der unerschütterlichen Ueberzeugung, dass sie sich wieder zur solidarischen Führung des internationalen Klassenkampfes zusammenfinden werden, wenn (Zensur) dieses Krieges vorbei ist. Sie begrüsst darum jede Bemühung zum Zwecke der Wiederanknüpfung der durch den Krieg gestörten Beziehungen zwischen den sozialistischen Arbeitern aller Länder, die zur Wiederaufrichtung der Internationalen und der Solidarität der Arbeiterschaft im Klassenkampf führen kann, verurteilt aber auf das schärfste Bestrebungen — mögen sie von rechts oder links kommen —, die verneinen, die internationale Einigung des Proletariats dadurch herbeiführen zu können, dass sie die proletarischen Parteien in den einzelnen Ländern zersetzen und spalten. Die Solidarität der erneuerten Internationalen kann nur auf der festen Grundlage starker und geeinigter Parteien in allen Ländern aufgebaut werden. Diese Einigkeit der sozialistischen Organisationen war niemals notwendiger als in den Zeiten verschärften Klassenkampfes, die dem Proletariat aller Länder zweifellos nach dem Kriege bevorstehen.»

## Frankreich.

Nach der Zimmerwalder Konferenz bildeten sich sowohl in den Kreisen der Gewerkschaften als in denen der Partei je ein Aktionskomitee, um im Sinne der Zimmerwalder Beschlüsse zu wirken. Später vereinigten sich diese beiden Komitees, um die Arbeit gemeinsam und einheitlich fortzuführen. Ueber die Tätigkeit informieren die drei folgenden Zirkulare, die unter den französischen Organisationen verbreitet wurden.

**Komitee zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen**  
33, rue de la Grange-aux-Belles, Paris.

*An die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Mitglieder!*

Als Folge einer in Zimmerwald (Schweiz) abgehaltenen Konferenz von Gewerkschaftern und Sozialisten aus kriegführenden und neutralen Ländern haben die Minderheiten der französischen Partei und ihrer Gewerkschaften, jede auf ihrem respektiven Gebiete, ein Komitee gegründet. Diese beiden Komitees setzten sich zum Ziel, das von der Konferenz erlassene Manifest zu verbreiten und eine intensive Propaganda auf der durch die Zimmerwalder Resolution umschriebenen Grundlage durchzuführen.\*

In der Partei hat die Minorität durch das Organ ihres Komitees gehandelt und ihren Einfluss auf dem Nationalkongress, der Ende Dezember 1915 in Paris stattfand, auszuüben versucht. Die Gewerkschafter hatten das internationalistische Aktionskomitee (französische Sektion) gegründet und davon in einem Zirkular, das ihnen zugestellt wurde, Mitteilung gemacht. Von der einen wie von der andern Seite sind uns trotz durch die Polizei bereiteter Schikanen zahlreiche Zustimmung- und Beitrittserklärungen und die unerlässliche pekuniäre Hilfe für diese Aktion und unsere Propaganda geworden. Die erzielten Resultate haben alle unsere Erwartungen übertroffen.

Aber wir verstanden, dass über diese Anstrengungen hinaus sich für jede der Organisationen eine allgemeine, durch Flugblätter, Broschüren usw. geführte Propaganda als notwendig erwies. Deshalb wurden die beiden Komitees verschmolzen, und aus ihnen ging das «Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen» hervor, dazu bestimmt, die Anstrengungen zu vereinigen; es wird verwaltet durch je sechs Delegierte der Minderheit der Partei und der Gewerkschaften.

Jedes einzelne der Elemente, die diesem Komitee beitreten, behält seine Handlungsfreiheit im Schosse der Organisationen, denen es angehört.

Indem wir dieses Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen gründeten, war indes keinem seiner Mitglieder der Gedanke aufgestiegen, eine Konkurrenzorganisation zu der C. G. T. oder zur sozialistischen Partei

\* Siehe Broschüre „Die internationale sozialistische Konferenz in Zimmerwald (Schweiz) vom 5. bis 8. September 1915“, enthaltend das Manifest und die deutsch-französische Erklärung.



zu gründen. Wir wollen keine Spaltung schaffen, keine Trennung hervorrufen, denn darüber werden in Zukunft allein die nationalen Kongresse der C. G. T. und der Partei zu entscheiden haben.

Wir versammeln, organisieren und betätigen uns, weil sich die zentralen Instanzen der C. G. T. und der Partei sowohl an der Konferenz der Arbeiterbörsen und der Föderationen vom 15. August 1915 als auf dem nationalen sozialistischen Kongress vom Dezember 1915 in ihrer Mehrheit weigerten, die Pflichten zu erfüllen, die ihnen moralisch zukommen. Wir ersetzen in Frankreich die Partei und die C. G. T. im gleichen Sinne und unter den gleichen Bedingungen wie die internationale sozialistische Kommission von Zimmerwald das internationale sozialistische Bureau ersetzt, das seine Aufgabe nicht erfüllt. Die Dauer unseres Komitees hängt ab von der Existenz der erwähnten Kommission.

Was ist nun unser unmittelbares Ziel? Wir wollen die Internationale so rasch als möglich zu neuem Leben erwecken.

Was wollen wir? Wir wollen Stellung nehmen und uns an einer internationalen sozialistisch-gewerkschaftlichen Aktion für den Frieden beteiligen. Diese Aktion, an der sich zu beteiligen unsere zentralen Organisationen immer abgelehnt haben, ist in allen Ländern eingeleitet. Seit Kriegsausbruch haben die Sozialisten Russlands, Serbiens und anderer Balkanländer, die Independent Labour Party in England, Liebknecht in Deutschland und die sozialistischen Parteien Italiens Stellung genommen und sich gegen den Krieg ausgesprochen.

Seither sind diese Mehrheiten und Minderheiten gewachsen, und ihre Aktion hat sich vergrößert. Ohne von den Bemühungen des deutschen Abgeordneten Müller, der am 1. August die sozialistische Parlamentsgruppe Frankreichs aufsuchte, zu sprechen, gab es seit dem 2. und 5. August 1914 in Deutschland eine bedeutende Minderheit mit Haase, dem Vorsitzenden der Partei und der Reichstagsfraktion an der Spitze, die sich in dieser Fraktion gegen den Krieg und für die Verweigerung der militärischen Kredite ausgesprochen hat.

In Frankreich widersetzen sich die Führer unserer zentralen Organisationen jeder Art einer Aktion für den Frieden. Indem sie sich mit den Regierenden verbündeten, sagen sie, ~~es sei gefährlich, dem französischen Proletariat zu raten, im Sinne des Friedens zu handeln~~, solange das deutsche Proletariat, vom revolutionären Geiste entblösst, unfähig ist, ähnliche und parallele Anstrengungen zu machen.

Die mit jedem Tage wachsende Bewegung in Deutschland zertrümmert diese Argumentation. Diese Bedeutung geht aus folgenden Tatsachen hervor: Die Erklärung von Karl Liebknecht im Reichstage vom 2. Dezember 1914; die durch unsere deutschen Genossen in grosser Zahl verbreiteten Aufrufe und besonders jenes Aufrufs, der an die tausend Unterschriften von Funktionären der Partei trägt, unter denen sich eine grosse Zahl von Zeitungsredakteuren und Mitgliedern des Reichstages befindet, die gegen die am 4. August 1914 inaugurierte Taktik protestiert; der von Bernstein, Haase und Kautsky unterzeichnete Protest; die Beteiligung Ledebours, Hoffmanns usw. zusammen mit deutschen Arbeitern an der Konferenz zu Zimmerwald und zum Teil als direkte Folge dieser Konferenz die Verweigerung der Kriegskredite durch 20 Abgeordnete und die Enthaltung bei der Abstimmung durch 24 andere Abgeordnete.

Zahlreich sind unter anderm — ohne die Tausende von persönlichen Zustimmungserklärungen — die Organisationen, die sich für die Zimmerwalder Resolution erklärten; wir führen sie hier auf:

1. Sozialdemokratische Partei Italiens.
2. Sozialdemokratische Partei der Schweiz.
3. British Socialist Party.
4. Independent Labour Party.
5. Sozialdemokratische Partei Rumäniens.
6. Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, Zentralkomitee.
7. Sozialdemokratische Partei Russlands, Organisationskomitee.
8. Partei der Sozialisten-Revolutionäre Russlands.
9. Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland.
10. Die drei polnischen sozialistischen Parteien: Hauptvorstand und Landesvorstand der polnischen Sozialdemokratie und Zentralkomitee der polnischen sozialistischen Partei.
11. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Bulgariens.
12. Die sozialdemokratische Partei Portugals.
13. Die sozialistische Föderation von Saloniki.
14. Der sozialistische Jugendverband Schwedens und Norwegens.
15. Die Socialist Labor Party Amerikas.
16. Die Socialist Party Amerikas.
17. Die Gruppe revolutionärer sozialistischer Studenten in Paris und die Gruppe « Neue Zeiten » in Frankreich.

Zu diesen Zustimmungserklärungen ist jene der C. G. T. Italiens hinzugekommen, die beschlossen hatte, sich an der Konferenz zu beteiligen, deren Delegierte aber keine Pässe erhielten, um sich in die Schweiz begeben zu können. Dasselbe war der Fall für die Genossen der I. L. P. und der B. S. P. Englands.

Indem wir uns auf diese sichtbaren Tatsachen berufen, sagen wir: *Je stärker unsere sozialistische und gewerkschaftliche Aktion in Frankreich sein wird, um so kräftiger wird sich die Aktion der Organisationen anderer Länder und ganz besonders die unserer deutschen Genossen entwickeln.* Man sagt uns, dass die Verhältnisse für eine solche Bewegung günstiger seien in einem siegreich erscheinenden Lande. Für uns Sozialisten und Gewerkschafter kann ein solches Argument nicht den geringsten Wert haben. Aber selbst wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen würden, so erscheint dieser Sieg immer noch als sehr diskutabel.

Wenn Deutschland auf dem Festlande siegreich erscheint, so macht es bis jetzt den Eindruck, dass es auf dem Meere besiegt werde. Aber was in unsern Augen ganz unbestreitbar erscheint, das ist, dass es mit der unbestimmten Verlängerung des Krieges weder Sieger noch Besiegte geben wird. Den Millionen vernichteter Menschenleben werden weitere Millionen neuer Verstümmelter folgen. Den 200 verschlungenen Milliarden werden andere Hunderte von Milliarden beigefügt werden, und alle Nationen Europas werden am Ende des Krieges materiell erschöpft, wirtschaftlich und finanziell ruiniert sein.

Und dannzumal, da der Krieg nicht durch den Krieg beseitigt werden kann, wird er im Gegenteil den Militarismus als Ursache künftiger Kriege entwickeln und stärken, und darum, sagen wir, ist es unmöglich, dass gewissenhafte Sozialisten und Gewerkschafter sich gegenüber diesen Schrecken und furchtbaren Perspektiven gleichgültig verhalten.

Unsere Pflicht gebietet, dass wir mit allen unsern Kräften, mit all unserer Energie darauf hinarbeiten, dem allgemeinen Morden so rasch als möglich ein Ende zu machen.

Jedes andere Verhalten in dieser Stunde wird — wir behaupten es — durch das Proletariat im allgemeinen und durch die Unsrigen, die auf den Schlachtfeldern ihr Leben opfern, als eine Verleugnung der historischen internationalen Mission ausgelegt, welche die gewerkschaftliche und sozialistische Arbeiterorganisation durch ihre Anstrengungen dem Syndikalismus und dem Sozialismus zugeschrieben haben.

Andererseits sind wir davon überzeugt, dass wir nur durch die internationale gleichzeitige und koordinierte Aktion der Arbeitermassen aller Länder die Herrschenden werden verhindern können, im Friedensvertrag unheilvolle Klauseln aufzunehmen, die dem Interesse aller Arbeiter zuwiderlaufen, dass wir nur so die Fortsetzung unserer freiheitlichen und internationalen Beziehungen werden ermöglichen können.

Wir richten diesen Appell an alle sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen, an alle, die uns helfen wollen. Wir fordern sie auf, sich uns anzuschliessen, um diese Aktion weiterzuführen und zu verstärken. Sie müssen uns direkt oder durch die Vermittlung ihrer in Paris wohnenden Freunde ihre Zustimmungserklärungen, deren Bedingungen aus dem angebotenen Bulletin zu ersehen sind, zusenden.

Ein gemeinsamer Gedanke möge uns einigen! Nieder mit dem Hass unter den Arbeitern der kriegführenden Länder!

Ein einziger Ruf ertöne aus unserm Munde für unsere Tätigkeit: Alle für die Internationale, gegen den Krieg!

Für das Komitee: *Die Kommission.*

Die Sekretäre:

*A. Merrheim,* *A. Bourderon,* Küfer-Verband,  
Metallarbeiter-Verband. Mitglied der sozialistischen Partei  
(12. Sektion, Paris).

Der Kassier des Komitees: *M. Hasfeld.*

Die Mitglieder der Kommission

der Gewerkschaftsverbände:	der sozialistischen Partei:
<i>Boisleux</i> (Maurer, Seine).	<i>Barry</i> (3. Sektion, Seine).
<i>Hasfeld</i> (Handelsangestellte).	<i>Mlle S. Bouvard</i> (2. Sektion, Seine).
<i>Hubert</i> (Erdarbeiter der Seine).	
<i>Lepetit</i> (Erdarbeiter der Seine).	<i>Cartier</i> (17. Sektion, Seine).
<i>Veber</i> (Dachdecker der Seine).	<i>Duluc</i> (17. Sektion, Seine).

*P. S.* Nach Massgabe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel wird das Komitee Broschüren und Flugblätter herausgeben, um die Organisationen und ihre Mitglieder über die internationalen Aktionen und ihre Bewegung, die durch die Konferenz von Zimmerwald eingeleitet wurde, zu orientieren. Das Komitee empfiehlt die folgenden Broschüren zur Abnahme, die es den Organisationen und ihren Mitgliedern zur Verfügung hält:

1. Die Ursachen des Krieges. Rede des Genossen Jean Jaurès, gehalten am 25. Juli 1914 in Lyon.
2. Die Internationale Sozialistische Konferenz zu Zimmerwald vom 5. bis 8. September 1915.
3. Offener Brief an die Abonnenten des « Vie ouvrière » (Vervollständigung der Broschüre über Zimmerwald).
4. Die Sozialisten und der Krieg, Diskussion zwischen französischen und rumänischen Sozialisten (Charles Dumas, ehemaliger Deputierter, Kabinettschef des Ministers Jules Guesde, und C. Racovsky, Delegierter der sozialdemokratischen Partei Rumäniens im internationalen sozialistischen Bureau).

### Komitee zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen 33, rue de la Grange-aux-Belles, Paris.

#### *An die Internationale!*

Nach 18 Monaten der Untätigkeit und des absoluten Schweigens versucht gegenwärtig das Exekutivkomitee des internationalen sozialistischen Bureaus die internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen. Das war wenigstens die Behauptung, die aus der im Januar auf dem holländischen Parteikongress in Arnheim gehaltenen Rede des Sekretärs des I. S. B., Genossen Camille Huysmans, hervorging.

Gewiss, noch nie war eine lebendige, aktive, revolutionäre und sozialistische Internationale notwendiger als in der gegenwärtigen Stunde, um die Arbeitermassen aller Länder zu leiten, sie aufzuklären über die europäische Schlächtereihinweg.

Aber auf welcher Grundlage will man die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen durchführen? Auf der Basis des Klassenkampfes und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse oder auf der Grundlage des nationalistischen Regierungs-Sozialismus, der durch die Majorität der stärksten sozialistischen Parteien der kriegführenden Nationen aufgenommen und befolgt wurde?

Die tragische Situation des internationalen Sozialismus veranlasst uns, unsern Standpunkt zu diesen Fragen klarzulegen.

Der Beweis ist heute geleistet, dass die Internationale nicht unter den Wirkungen des Krieges zusammengebrochen ist, sondern zu Tode gehetzt und zur Ohnmacht verurteilt wurde durch den Abfall ihrer offiziellen Vertreter, die an ihrer Spitze standen und die Verantwortung für deren Aktionen trugen. Für uns als Minderheit, die wir uns der Zimmerwalder Aktion angeschlossen haben, stellt die Internationale die « Union sacrée » der entschlossenen, lebendigen und kraftvollen Arbeitermassen aller Nationen dar, das unzerreissbare Band der Solidarität, das ihr Denken und ihre Hoffnungen in der Arbeit, in dem Leiden, in ihrem Elend, in ihrem Kampf während des Krieges noch mehr als zur Zeit des Friedens feststellt.

Konsequenterweise können und dürfen die internationalen Beziehungen nur wieder aufgenommen werden auf der Grundlage der Solidarität der Arbeitermassen aller Länder, auf der Grundlage der Prinzipien des Klassenkampfes, des Kampfes gegen alle Militarismen, gegen alle Imperialismen und gegen den Krieg. Nur auf dieser Basis sind wir für die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen zu haben, werden wir uns diesen Bemühungen anschliessen, sie unterstützen und mithelfen mit all unserm Willen, unserer Energie und allen unsern Kräften.

Aber wenn die internationalen Beziehungen aufgenommen werden sollten auf der Grundlage der nationalen Verteidigung, in deren Namen man unsere Freiheiten unterdrückt und uns mit dem erwürgt, was man « Union sacrée » heisst, bei der wir nur die Düpierten sind, so verurteilen wir diese Versuche mit all unserer Kraft. Wir brandmarken sie zum voraus als eine von den offiziellen Führern der Internationalen ausgehende Täuschung, und wir weigern uns abermals, die Getäuschten zu sein, weil wir nicht wollen, dass man uns morgen eine Internationale ohne Ziel, ohne Programm, ohne festen Willen, unfähig, gegen den Krieg und für den Frieden unter den Völkern zu kämpfen, entgegenstellt.

#### *Organisationen und Genossen!*

Die Arbeiterbewegung aller Länder hat schon tiefgehende Zwistigkeiten, die das Proletariat trennen, gekannt. Aber keine dieser Krisen reicht an Tiefe an die von heute heran. Nie hat die Arbeiter-Internationale eine furchtbarere Krise erlebt als diese, die aus dem blutigen Wahnsinn hervorging, der über Europa kam und dessen Wirkungen sich auf die ganze Welt erstrecken und unberechenbar sind. Und je länger die europäische Krise dauert, um so unklarer erscheint die Lösung, die für die künftigen Generationen die Wiederkehr derartiger Zustände, die Erneuerung dieses Blutvergiessens verhindern könnte.

Aus diesem Grunde müssen wir alle unsere Kräfte und unsern Willen anspannen, um die internationalen Beziehungen im Sinne der Lösung dieses Konfliktes wieder aufzunehmen.

Dürfen die sozialistischen Parteien fortfahren, den kapitalistischen Staat und seine Herrschenden in einem Momente zu unterstützen, da deren Verbrechen — der Krieg — immer schwerer und schwerer und für die Arbeitermassen drückender wird?

Oder sollen sich die sozialistischen Parteien vollständig vom kapitalistischen Staat und seinen Herrschenden lösen, sollen diese im Gegenteil mit stärkerer Kraft als je bekämpft werden?

Für uns, als der Zimmerwalder Aktion angeschlossene Minderheit, ist der Kampf gegen den Krieg für den Frieden, für den Sozialismus der Internationalen die einzige Lösung in diesem schrecklichen Durcheinander ohne Sinn und ohne Ausgang, alle Errungenschaften der Vergangenheit bedrohend und alle Hoffnungen für die Zukunft zerstörend.

So zögern wir auch gar nicht, zu sagen, dass diese Wiederherstellung der internationalen Beziehungen nicht darin bestehen kann, dass ein Uebereinkommen, das notwendigerweise einen diplomatischen Charakter haben muss, von den offiziellen Führern der sozialistischen Parteien aller Länder unterzeichnet wird. Solange in England, in Deutschland, in Belgien, in Frankreich diese Vertreter die Verantwortung der herrschenden Klassen teilen, sich in den Dienst der innern und äussern Politik ihrer Regierungen stellen, wird die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen nur ein fauler Friede sein für sie und eine Täuschung für die Arbeitermassen aller Länder.

Die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen könnte nichts anderes sein als das, und weil wir nicht wollen, dass sie das sei, weisen wir sie zurück, verurteilen und brandmarken wir sie vor den Organisationen und den Genossen unseres Landes.

#### *Arbeiter!*

Aus allen diesen Erwägungen können wir das Projekt, das das internationale sozialistische Bureau ausarbeitet, nicht mit Stillschweigen übergehen. Dieses Projekt hat zum Ziel, den patriotischen Sozialisten und Syndikalisten der Entente — dem belgischen Minister van der Velde — den Urhebern des Manifestes des letzten Kongresses der französischen syndikalistischen Partei, den Patrioten Englands und Russlands unter gewissen Bedingungen Unterhandlungen mit der deutschen Oppositionsminderheit zu erleichtern. Als ob die deutsche Opposition, die mit den eigenen Patrioten der Mehrheit der offiziellen Partei auf dem Kriegsfusse steht, sich mit der Aktion der nationalistischen Syndikalisten und Gewerkschaft der Entente-Länder verbünden könnte!

Aus diesem einfachen Widerspruch geht der Wille der sozialistischen Führer hervor, die die Arbeitermasse aller Länder irreleiten wollen, indem sie sie glauben machen, als handelten sie gegen den Krieg und für den Frieden.

Würden wir schweigen, so würden wir für folgende Tatsachen die Verantwortung mit übernehmen: Wir würden zugeben, dass die sozialistischen Minister als einflussreiche Vertreter unserer Organisationen und nun eifrige Mitarbeiter der kapitalistischen Regierung, unter Unterstützung vermittelter Neutraler, mit der einen Hand die Formel eines Friedens ohne Annexionen, des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, der Schiedsgerichte usw. unterzeichnen würden, während sie mit der andern Hand, jeder in seinem Lande, ihren nationalen Militarismus unterstützen und verteidigen würden, sich anstrengend, ihm zum Siege zu verhelfen, zu einem Siege, der unvermeidlich zu Annexionen und zur Zerstörung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der schwachen Nationen führen würde.

Wir sind für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen mit allen denen, die den Beschlüssen der internationalen Kongresse treu geblieben sind. Sie sind es, die bei sich auf ihrem nationalen Boden einen unversöhnlichen Kampf gegen ihren Militarismus, Chauvinismus und Kapitalismus führen, jenen einzigen Kampf, von dem wir wollen, dass er durchgeführt werde bis zu Ende.

Zu diesen Elementen gehören unsere Genossen der deutschen Opposition, die zusammen mit unsern Vertretern Bourderon und Merrheim der internationalen sozialistischen Konferenz zu Zimmerwald beigewohnt haben. Mit uns hat diese deutsche Opposition gerade den nationalistischen regierungsfreundlichen Sozialismus Deutschlands, wie den in den Ländern der Entente, aufs schärfste verurteilt.

Mit uns hat sie das Manifest unterschrieben, das das europäische Proletariat zum Kampf für den sofortigen Frieden aufruft. Mit uns erblickt die deutsche Opposition die Garantien der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker nicht im Triumph des nationalen Militarismus, der seine eigenen Nationen ausbeutet und die andern Völker unterdrückt, sondern in

der Solidarität und in der internationalen Aktion der Arbeitermassen.

Mit uns hat die deutsche Opposition den einzig sichern Weg für die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen aufgezeichnet. Dieser Weg heisst: Bruch des Burgfriedens, Weigerung jeglicher den Regierungen zu gewährenden Hilfe und Unterstützung, Wiederaufnahme des Klassenkampfes, neue Gruppierung der Arbeitermassen gegen den Krieg und seine Urheber in allen Ländern.

Mit uns hat die deutsche Opposition dem Weltproletariat der ganzen Internationalen zugerufen:

*Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!*

*Der Hauptfeind steht in unserm eigenen Land!*

Das sind die wegleitenden Grundsätze der deutschen Opposition, wie sie die unsrigen sind.

Weil diese Prinzipien uns gemeinsam sind, haben sich die Vertreter der deutschen Opposition mit den unsrigen begegnen und in Zimmerwald nützliche Arbeit leisten können. In unserm Kampf für den Frieden der Völker unterstützen wir den Kampf der Opposition der Internationalisten. Wir sind stolz, zu denken und zu wissen, dass unser Verhalten ihnen hilft und ihre Aufgabe bei den deutschen Arbeitern erleichtert.

Aus diesem Grunde auch und im unerschütterlichen Glauben an die Gemeinsamkeit der Interessen des Proletariats aller Länder, an unsern endgültigen Sieg, der der Sieg der Menschlichkeit sein wird, wiederholen wir unsern alten Ruf, unsern Ruf nach dem Zusammenschluss, der niemals diese Bedeutung gehabt hat wie jetzt angesichts dieser tragischen Verhältnisse.

*Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*

(Unterschriften wie vorstehend.)

#### **Komitee zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen**

Sitz: 33, rue de la Grange-aux-Belles, Paris.

*An die Föderationen!*

*An die Sektionen!*

Der greuelreiche Krieg, ins Unendliche verlängert, führt zur methodischen und wissenschaftlichen Zerstörung Europas, zum Selbstmord der europäischen Zivilisation. Es ist ein Krieg der Vernichtung und des allgemeinen Ruins. Durch ihn wurde bis jetzt die Blüte der Nationen in den Abgrund geworfen, etwa zwanzig Millionen menschlicher Wesen, unermessliche Reichtümer, die vielleicht das Sechsfache des jährlichen Einkommens aller Kriegführenden (etwa 250 Millionen) umfassen, ohne die durch diese gemeinsamen beispiellosen Verbrechen zerstörten Werte zu rechnen. Die Welt wurde in einen Ozean von Blut und Tränen verwandelt.

Und alle diese Ruinen wurden durch Staatsmänner aufgehäuft, durch die Regierenden und die herrschenden Klassen, die auf ihre « Realpolitik » pochen, indem sie den allgemeinen Wahnsinn im Namen der sogenannten heiligen Interessen ihrer respektiven Länder entfesselten. Die « nationale Verteidigung » ist angesichts der allgemeinen Verwüstung weiter nichts als eine blutige Ironie.

Die sozialistische Partei mit ihren internationalen Organisationen fiel als erstes Opfer auf diesem Felde des blutigen Gemetzels. Die Vertreter der zwei bedeutendsten Sektionen der Arbeiter-Internationalen, die deutsche und die französische Sektion, haben feierlich und öffentlich ihre glorreiche Vergangenheit verleugnet, und die zu Amsterdam, Stuttgart, Kopenhagen und Basel zwischen den Sektionen abgeschlossenen internationalen Verträge wie einen simplen Papierfetzen zerrissen, indem sie diese Verträge in ein Räderwerk jener Maschine verwandelten, die das Europa der Arbeiter und der Bauern tötet und die den gegenwärtigen Krieg bedeutet.

Vor dem Kriege haben die Sozialisten aller Länder den Krieg vorausgesehen, prophezeit und bekämpft als eine unvermeidliche Konsequenz eines Regimes des Krieges, welches uns in der kapitalistischen Ordnung mit ihrer nationalistischen, kolonialen und imperialistischen Politik entgegentritt, und das in allen beteiligten grossen Ländern im Grunde genommen das gleiche ist. Und sie verpflichteten sich, es diesem Regime nicht leicht zu machen für den Fall, da es seine wahnsinnigen und mörderischen Absichten verwirklichen wollte. Sie haben sich selbst und den Volksmassen gegenüber die Verpflichtung eingegangen, dafür zu wirken, dass der Krieg in eine revolutionäre Krise verwandelt würde.

Seither haben die Partei- und Gewerkschaftsführer in Deutschland wie in Frankreich, gefolgt von ihren sogenannten Mehrheiten, ihre feierlichsten Versprechungen im Stich gelassen. Anstatt mit brennendem Eisen die wirklichen Verantwortlichen — die Regierungen, die herrschenden Klassen und

ihr Regime — zu kennzeichnen, haben sie die nationalistische Trompete in den Mund gesteckt und den Krieg den Opfern erklärt, indem sie den Henkern der Völker die Bruderhand reicherten. Die Parteiführer haben den Regierungsagenten die sie vor dem Kriege als die unaufhörlichen Klassenfeinde bezeichneten und die durch ihre Politik der Begehrlichkeit und der Erpressung die Weltkatastrophe hervorriefen, die schärfsten Kriegsmittel geliefert. Sie lieben den Feinden und Unterdrückern die Unterstützung ihrer Autorität und ihrer Volkstümmlichkeit, die sie im Kampfe gegen dieses gleiche System der Ausbeutung und der internationalen Massakers erlangt hatten. In verbrecherischer Weise haben sie ein unermessliches Werk der Propaganda und des Kampfes zerstört, das seit einem halben Jahrhundert gegen dieses Regime aufgebaut wurde. Anstatt den Krieg und seine Schrecken zum Vorteil der revolutionären Massenerziehung auszunützen, haben die sozialistischen Führer auf beiden Seiten der Vorgesetzten, indem sie sich mit den Regierenden und ihren Mehrheiten indentifizierten, im Gegenteil durch die Schürung des Hasses von Nation zu Nation und durch den bis zum Weissglühen gebrachten Chauvinismus zu der allgemeinen Schlächterei beigetragen.

Die Führer der französischen sozialistischen Partei haben den Rekord des Versagens geschlagen. Sie haben jeden Versuch einer gemeinsamen Aktion, die ihnen der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie am 31. Juli 1914 unterbreitete (Bemühungen Müllers) abgelehnt. Im Gegensatz zu den Resolutionen der nationalen und internationalen Kongresse haben sie die Kriegskredite ohne jede Erklärung, ohne jeden Vorbehalt bewilligt. Sie haben ohne Protest den Belagerungszustand und die Zensur akzeptiert, das heisst in Wirklichkeit: die Aufhebung der Republik und der Demokratie, und erlaubten sogar ihren Freunden, persönlich die unannehmbare Rolle des Zensors zu übernehmen (Varenne). Kaum war unser glorreiche und unsterbliche Märtyrer des Friedens gefallen, ermordet durch einen Agenten der Reaktion, als sie sich beeilten, mit den Freunden dieser selben Reaktion in Besprechungen einzutreten, um einige Sitze in der bürgerlichen und reaktionären Regierung zu erlangen.

Einmal in der Regierung, haben unsere Führer alles, absolut alles, akzeptiert und gutgeheissen: die Erwürgung der republikanischen und demokratischen Einrichtungen, die schändliche Flucht nach Bordeaux, die Abdankung des Parlaments, die Militärdiktatur, die unauslöschliche Schmach der Konzentrationslager, die Massakrierung der russischen Freiwilligen, die wegen privater Aeusserungen vorgekommenen zahllosen Ausweisungen und Einkerkerungen, die Militärgerichte, die ohne Kontrolle und das Berufsrecht funktionieren, die eiligen Hinrichtungen, die durch die aussergewöhnlichen Feldgerichte verfügt wurden. Unsere sozialistischen Minister kamen als wirkliche Geiseln von einem Ministerium zum andern, sich weder um die an deren Spitzen stehenden Personen noch um deren Programm kümmernd. Sie über die Beschlüsse ihrer eigenen Freunde hinwegsetzend, die unter ausserordentlichen und ungleichen Bedingungen in Sitzungen und sogenannten nationalen Kongressen versammelt waren, haben sie fast regelmässig gegen die Gesamtheit der parlamentarischen Gruppe gestimmt, indem sie sich selber und ihre Freunde desavouierten.

Die « Humanité », fast die einzige grosse politische Zeitung, die der Ehre der Beschlagnehmung nicht teilhaftig wurde, hat alles gutgeheissen, indem sie mit skandalösem Stillschweigen über die Wachsamkeit der sozialistischen Opposition hinwegging.

Aber der Fehler aller Fehler, das Verbrechen aller Verbrechen haben die Parteiführer begangen, als sie gemeinsam mit dem Klassenfeind die internationale Solidarität zur Arbeiterklasse opferten.

Dieser höchste Verrat hat das sozialistische Gewissen Frankreichs geweckt. Eine Opposition, zuerst noch schwach, hat sich gebildet, um gegen diese skandalöse Verleugnung zu protestieren.

In der Tat! Indem sie unter dem Vorwand der nationalen Verteidigung, die zur Zerstörung der Welt geworden ist, die Waffe des Friedens und der internationalen proletarischen Solidarität zerbrachen, die um den Preis unzähliger Opfer vom Sozialismus seit einem halben Jahrhundert geschmiedet wurde, im Augenblick selbst, da diese Waffe zu einer dringenden, absoluten Notwendigkeit wurde, haben unsere Führer nicht nur das Verbrechen des Hochverrats gegenüber dem Sozialismus begangen, sondern ebenso sehr gegenüber Frankreich und der ganzen Menschheit. Denn, so weit es von ihnen abhängt, haben sie so jede nationale Aktion für den Frieden, für die Beendigung des blutigen Wahnsinns unmöglich gemacht, da sie einseitig blieb und nur eine internationale und gleichzeitige Bewegung für den Frieden nicht Gefahr läuft, das Spiel des einen Generalstabes zum Vorteil des anderen zu machen.

Die französische Opposition hat das alles gefühlt, aber sie wollte aus ihren sozialistischen Gefühlen nicht die nötigen Schlüsse ziehen. Sie hat die einzige logische Resolution, die unserem sogenannten Nationalkongress durch unseren Freund Bourderon im Namen der internationalistisch gesinnten Genossen, die dem Sozialismus treu geblieben sind und in Zimmerwald versammelt waren, unterbreitet wurde, abgelehnt. Sie liess sich freiwillig zum Gefangenen der virtuoson Hintertreppenspolitiker der Kongresse machen, die mit allen Intrigen und Manövern vertraut sind und denen die Opposition das Schicksal der Partei und seines Zentralorganes überliess. Indem sie die sogenannte einstimmige Resolution annahm, hat diese rückgratlose und ohne leitende Ideen existierende Opposition der deutschen Opposition — ganz anders mutig und konsequent — in den Rücken geschossen und die Position der offiziellen Majorität der sozialdemokratischen Führer Deutschlands gestärkt, die ebenfalls Sklaven des Burgfriedens und der Reaktion sind.

Genossen! Freunde der Föderationen! Wir richten diese bitteren Worte keineswegs im Namen irgendwelcher Ueberlegenheit an euch, von der wir uns frei wissen. Unsere einzige Ueberlegenheit ist die der sozialistischen Ueberzeugung, der wir treu bleiben wollen, selbst um den Preis unseres Lebens, wenn es sein muss, und die für uns alle in unserer Aktion wegleitend sein soll. Der Weltkonflikt ist so grandios und umfassend, dass es sehr verständlich und menschlich ist, wenn einige unter uns vorübergehend den Kopf verlieren und unsere glorreiche Vergangenheit vergessen konnten. Unter anderem hat auch der Tod von Männern wie Pressensé und Jaurès, unserer bewunderungswürdigen Führer in den Fragen internationaler Politik, als fast die einzigen in unserer Partei, die diese Fragen von Grund auf beherrschten, beitragen können zur Verdunkelung der Vernunft und des sozialistischen Gewissens in Frankreich.

Aber es ist hohe Zeit, dass wir uns wieder finden. Die Lage ist ausserordentlich ernst. Unser Land, wie so viele andere, ist von der völligen Verheerung, vom völligen Ruin bedroht.

Anstatt, dass sich der Militarismus im und durch den Krieg selber zerstört, wie es fälschlicherweise unsere Führer behaupten, verallgemeinert er sich und gewinnt neue Kräfte. Den schon vor dem Kriege militarisierten Nationen fügt sich England bei, und die Vereinigten Staaten von Amerika zielen ihrerseits auf eine Militarisierung ab.

Vor einigen Jahren erhob sich die Elite der ganzen Welt, um die Ehre und die Unschuld einer einzelnen Person (Dreyfuss. Der Uebers.) zu verteidigen. Heute handelt es sich um 400 Millionen Europäer, die ungerechterweise durch die herrschenden Klassen und deren Regierungen zum Tod oder zum Untergang verurteilt sind. Und da sollte unser Gewissen weniger gegenüber dem Zusammenbruch der Welt empfindsam sein als gegenüber dem persönlichen Unglück?

Der durch den imperialistischen Kapitalismus und durch die Reaktion hervorgerufene Weltkrieg sollte dem Regime der Ausbeutung und der Massakrierung des einen Menschen durch den andern die Totenglocke läuten. Die offiziellen und nationalistischen Sozialisten sind Totengräber des Sozialismus, der nur international sein kann, Totengräber der der Schlächtereie überantworteten Arbeiterklasse.

Genossen! Freunde der Föderationen und der Sektionen! Ihr werdet dem nationalistischen und opportunistischen Sozialismus das Zurück! zurufen. Ihr werdet bis ans Ende die Internationale verteidigen, dieses echte Vaterland der Zukunft.

Indem ihr so handelt, rettet ihr die Ehre des französischen Sozialismus und die höheren und dauernden Interessen des französischen Volkes; ihr werdet dadurch das Leben Hunderttausender von menschlichen Wesen retten.

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe die Internationale!

*Die sozialistische Sektion des Komitees.*

## Bericht aus Serbien.

Die sozialistische Internationale hat über den Zustand in Serbien, von den Balkankriegen bis jetzt, noch keinen Bericht erhalten. Das ist auch erklärlich. Von 1912 bis jetzt hat Serbien die schwersten Tage verlebt. Dieses unglückliche Land befindet sich seit 1912 fortwährend in Kriegen. 1912/1913 der Krieg mit der Türkei, Mitte 1913 mit Bulgarien, Ende 1913 erstickt Serbien den Aufruhr in Albanien, den es durch sein Verhalten selbst hervorgerufen hatte, in einem Blutmeer. Der Rest des abgequälten serbischen Volkes, der noch nicht einmal mit der Seele aufgeatmet hatte, wurde 1914 in einen noch rasenderen Kriegswirbel hineingezogen. Dieser Kriegswirbel hat Serbien in die schrecklichste und schauerlichste Katastrophe gestürzt, eine Katastrophe, wie sie die Geschichte bis

jetzt vielleicht noch nicht kennt. Menschenleiber fallen und Menschenblut fliesst, wie wenn sie das billigste Ding für die regierenden Kreise Serbiens wären. So haben sie das serbische Volk, das Proletariat und die Bauern von einem Schlachthaus zum andern geführt, und die Vernichtung des Volkes im europäischen Krieg erreicht das unglücklichste Mass. Es versteht sich, dass es während dieser Zeit in Serbien keine öffentliche Arbeit, kein öffentliches Leben, keine Kämpfe für die sozialistischen Prinzipien, für die Kultur und für den Fortschritt gab. Nur ein einziges Prinzip ist entstanden: der Krieg und alles für den Krieg. Statt der Feder klang das Schwert, statt fruchtbaren Lebens herrschte der Tod, und immer mehr häuften sich die Gräber. Statt der Kultur und des Altruismus die Rohheit und Bestialität. Serbien stellt nicht nur eine Wüste dar, sondern einen unermesslichen Friedhof mit einer Million und mehr Gräbern, in denen die besten und edelsten Kräfte der Nation ruhen, die während vier vollen Jahren der Kriegführung vernichtet wurden.

Seitdem der europäische Krieg angefangen hat, ist das öffentliche, ökonomische und politische Leben völlig erstickt. Vom Oktober 1915 bis zum heutigen Tage stellt das serbische Volk nicht nur ein Volk von Märtyrern dar, dem man Stück für Stück aus seinem Fleische reisst, und damit langsam sein Leben mordet, sondern noch etwas viel Schlimmeres.

Die Lage der sozialdemokratischen Partei ist ausserordentlich schwer gewesen. Von irgendeiner Aktion der sozialistischen Partei und der gewerkschaftlichen Organisationen oder von ihrem Fortschritt konnte keine Rede sein. Die Sozialdemokratie konnte ihre Tätigkeit nur noch durch ihre Parteiorgane («Arbeiterzeitung» und «Zukunft») fortsetzen und von der parlamentarischen Tribüne aus und auch das nur unter der Herrschaft der Zensur und unter den Verleumdungen, mit welchen die serbische Bourgeoisie unsere Arbeit überschüttet hat. Selbstverständlich haben wir trotz allen diesen Verleumdungen unsere Auffassung furchtlos vertreten, soweit die Vertretung überhaupt nur möglich war.

Die I. S. K. zu Bern wünscht von der serbischen Sozialdemokratie einen Bericht über ihre Arbeit und über die Verhältnisse in Serbien. Aber wer kann ihn schreiben und senden? Serbien ist okkupiert und von einer chinesischen Mauer umgeben, die nicht dichter sein könnte, als sie es heute ist. Einen offiziellen Bericht zu bekommen ist heute unmöglich. Ich selbst habe die Berichterstattung nur ungern übernommen, aber wenn auch dieser Bericht nicht offiziell ist, so gibt er doch den Gesichtspunkt der serbischen sozialdemokratischen Partei zum Krieg, unsere Prinzipien und unsere Taktik genau wieder, ebenso die Tatsachen, die ich an dieser Stelle nur kurz schildern kann.

\*

Die serbische Sozialdemokratie hat im Parlament nur zwei von insgesamt 166 Abgeordneten. Einer ist der Genosse *Laptschevitsch*, welcher heute in Serbien ist und dort seine sozialistische Pflicht erfüllt, von der unsere spätere Arbeit viel Nutzen haben wird. Der andere ist der Unterzeichnete, der sich auf eine Odysseenreise begeben hat, um das entsetzliche Unglück des serbischen Volkes in seinen Einzelheiten aus eigener Wahrnehmung kennen zu lernen.

Die letzten Wahlen für das serbische Parlament fanden 1912, vor den Balkankriegen, statt. Die Neuwahlen sollten im August 1914 vor sich gehen; der europäische Krieg hat sie verhindert und «für die bessern Tage» aufgeschoben.

Im demokratischen Serbien gibt es kein allgemeines Wahlrecht. Noch herrscht der Zensus. Das serbische proportionale Wahlsystem ist unvollständig und betrügerisch. Bis ein sozialistischer Abgeordneter gewählt ist, braucht er 10,000 bis 12,000 Stimmen, während für einen bürgerlichen Abgeordneten aus den Regierungskreisen 2500 Stimmen genügen. Das serbische Parlament gibt nicht den richtigen Willen des Volkes wieder, und zwar weder den Willen der Wähler noch den des Volkes. In Serbien bestehen vier bürgerliche Parteien. Sie alle haben sich sowohl für diesen Krieg als für alle früheren erklärt. Sie sind ganz chauvinistisch und dazu russophil; sie sind austrophob und bulgarophob. Sie rennen um die Wette, welche von ihnen am meisten den Hass betätigen und Dummheiten begehen kann. Öffentlich gibt es in Serbien keine germano- und austrophobe Partei. Zwar ist eine gewisse Strömung vorhanden, aber sie durfte sich nicht öffentlich zeigen. Nach dieser furchtbaren Katastrophe und nach dem augenscheinlichen Bankrott der Entente politik auf dem Balkan scheint es nun, dass in den Augen des serbischen Volkes die germano- und austrophile Strömung gerechtfertigt sei und sie deswegen öffentlich aufzutreten wage.

Die Regierung in Serbien ist aus drei Parteien organisiert: aus den Altradikalen, den Jungradikalen und Napredjaken (Konservativen). Die liberale Partei hatte ebenfalls ihre Einwilligung, in die Regierung einzutreten, gegeben, hat indes im letzten Moment diese Einwilligung wieder zurück-



gezogen. Sie trat in Opposition, stimmte aber doch für alle Kriegskredite und erklärte der Regierung ihr Vertrauen. Dabei kokettierten die Liberalen verschämt mit Oesterreich und kniffen vor Russland und vor der Entente aus.

In einer solchen Situation war die Lage unserer Partei im Parlament sehr schwer. *Wir sind immer die entschiedenen Gegner des Krieges gewesen*, während alle bürgerlichen Parteien bis zur Bewusstlosigkeit für den Krieg begeistert waren. Nach unserer Meinung führen diesen Krieg die kapitalistischen Staaten, um ihre imperialistischen Bestrebungen zu realisieren. Die ganze serbische Bourgeoisie behauptete demgegenüber, dass die Entente den Krieg für den Schutz der kleinen Völker und für den Sieg der Gerechtigkeit, Freiheit und Moral führe. Wir bewiesen, dass die serbische Bourgeoisie in diesem Krieg Grossserbien realisieren wollte, den « grossen südslavischen Staat » und darum einen Eroberungskrieg führe, aber sie entgegnete, dass sie nur einen Nationalkrieg führe. Wir bewiesen, dass alle europäischen Staaten den Balkanvölkern feindlich gesinnt sind, aber die serbische Bourgeoisie liess kein unangenehmes Wort gegen Russland und gegen die Entente aufkommen. Sie hat uns als Vaterlandslose und als deutsch-österreichische Agenten beschimpft. Wir bewiesen, dass Serbien mit seinen nationalen Bestrebungen und seinem Gebiet bloss als Kleingeld für die Ausgleichung der grossen Interessen der europäischen Beutepolitik zu dienen habe, und dass die Entente Serbien vertrat und zugrunde gehen lassen werde.

So ist es denn auch gekommen. Die serbische Bourgeoisie schwor auf die Treue und Kraft der Entente, wie auf ein Evangelium, und erhoffte alle Vorteile für Serbien. Wir aber bewiesen, dass Serbien durch diesen Krieg noch kleiner werden und in noch grössere Abhängigkeit zu den Grossmächten als vor dem Krieg geraten könne. Die Bourgeoisie bewies, dass Serbien gross sein müsse. Es war interessant, die Mentalität der serbischen Bourgeoisie zu betrachten, als sie auf dem Papiere Deutschland so leicht bezwang, Oesterreich aufteilte, Bulgarien von der Erdkugel wegwischte und auf dem Papier den grossen südslavischen Staat unter der Führung Serbiens entstehen liess. Unsere Behauptungen und Voraussetzungen haben sich als wahr erwiesen. Die Entente sowie der Vierverband haben zu deutlich und direkt ihre Ziele der Eroberung und des Raubes offenbart. Die Entente hat Serbien preisgegeben und es ist ganz zugrunde gegangen. Die Entente bemühte sich, ihre Haut und ihre Interessen zu retten, die ihr weit wichtiger sind als die Wohlfahrt des serbischen Volkes, und dessen nationale Bestrebungen. Serbien wurde auf schreckliche Weise hintergangen, der grosse südslavische Staat ist nur ein schöner Traum, mit dem die Entente die serbische Bourgeoisie geschickt einschläferte. Die Entente hat das serbische Dalmatien dem erobierungslustigen Italien versprochen, das serbische Banat den Rumänen, ganz Mazedonien und Alt-Serbien den Bulgaren und die Griechen haben Nord-Albanien hinweggerafft. Kroatien, Slawonien und Bosnien-Herzegovina werden ebenfalls nicht serbisch sein. Albanien wird unabhängig, so dass Serbien auf dem Balkan ganz einsam ist. Unter den Balkanvölkern wird neuer Hass gesät, den die europäischen Beutepolitiker auch weiterhin zum Schaden des Wohlstandes und der Entwicklung der unglücklichen Balkanvölker ausnützen werden.

Das ist alles, was der europäische Krieg Serbien bis jetzt gebracht hat. Unsere Stimme haben weder die Regierung noch das Parlament hören wollen. Vergeblich bewiesen wir, dass weder die russophile noch die austrophile und die slawophile Politik Serbien vor seinem Untergang retten werden. Die serbische Bourgeoisie hat zusammen mit ihrer Dynastie, Regierung und ihrem Parlament das ganze Schicksal des Landes auf die russische Karte gesetzt und ist damit ein russischer Knecht geworden. Wie Russland aufspielte, so tanzte das unglückliche Serbien. Dabei hat Paris den Beutel gehalten, und Serbien war in Wahrheit der finanzielle Vasall Frankreichs.

Nur soll man nicht denken, dass die Dynastie und Regierung auf eigene Verantwortung gearbeitet haben und Serbien nur durch ihre Schuld in diese Katastrophe hineingestürzt wurde. Das Parlament hat der Regierung «carte blanche» gegeben. Die Regierung hat das ausgenützt und getan, was ihr beliebte. Zuerst ignorierte sie das Parlament. Während zwanzig Monaten des Krieges hat sie das Parlament nur zweimal einberufen und auch das nur für sehr kurze Zeit, als es galt, die Kriegskredite zu bewilligen. Die Regierung verheimlichte dem Parlament viele Tatsachen. So wie es der Ministerpräsident Paschitsch gegenüber seinen Kollegen machte, die die Ereignisse durch das Pressbureau oder von den Weibern erfuhren! Die Regierung hat das Parlament und die ganze öffentliche Meinung fortwährend getäuscht. Ein Beispiel: Bulgarien proklamiert die Mobilisation, Bulgarien erklärt den Krieg, Griechenland tritt von dem Balkanbund zurück, Rumänien schweigt, die Entente verweigert Serbien die Hilfe, Serbien geht zugrunde — und über all diese

Tatsachen gibt die serbische Regierung dem Parlament keine Auskunft! Sie fuhr weiter fort, das Parlament und das Volk zu belügen und zu täuschen. Sie hat weiter gelogen, als schon Tausende von Erwachsenen und Kindern in Albanien starben, sie hat weiter gelogen, als ein Teil der Truppen übers Meer ging und sich in tödliche Gefahren begab. Die Lüge war das hervorragendste Mittel der serbischen Regierung und ihrer Agenten in ihrer ganzen Politik.

Das Verhalten der serbischen Regierung war nicht nur russophil und knechtisch gegenüber der Entente, es war geradezu verbrecherisch und verräterisch gegenüber den Lebensinteressen des eigenen Volkes. Kühlen Herzens hat man das serbische Volk dem entsetzlichen Untergang entgegengeführt. Es ist schwer anzunehmen, dass es in der Welt eine zweite Staatsleitung mit so wenig Vernunft und Scharfsinn gebe, mit so wenig Sinn für die Aufgaben eines Volkes.

Unter diesen Umständen war die Lage unserer Partei auch ausserhalb des Parlaments nicht leicht gewesen. Die bürgerliche Presse, die Strasse, das Kaffeehaus, sie alle haben uns verleumdet und beschimpft, als wir die Wahrheit hinausbrachten. Unser Organ, die «Arbeiterzeitung» hat mit der Zensur fortwährend zu kämpfen gehabt, und zuletzt hat die Regierung das Blatt unterdrückt. Bald darauf haben wir eine andere Zeitung, «Zukunft», herausgegeben. Auch in ihr wütete die Zensur. Die Zensur erreichte ihren Zweck indes nicht, das Blatt konnte sich trotzdem halten. Erst in der allgemeinen Katastrophe ging es mit Hunderttausenden anderer Opfer zugrunde. Die «Zukunft» ist das einzige ernste und objektive Blatt in Serbien gewesen. Es hatte sich bald zahlreiche Freunde erworben, auch in den breiteren Kreisen der einsichtsvolleren Bourgeoisie. Sogar die militärischen Kreise, die allmählich einsahen, dass der Krieg zwecklos und schädlich ist, haben unser Blatt gerne gelesen. Seine tägliche Auflage betrug 7000 Exemplare. Es trug die Wahrheit furchtlos hinaus, forderte den Frieden und zeigte den Balkanvölkern ihre wahren Feinde und Freunde.

Die sozialdemokratische Partei in Serbien ist immer gegen den Krieg gewesen. In dieser Haltung bestimmten sie nicht nur die Resolutionen unserer internationalen Kongresse, sondern ebenso die Grundsätze des Sozialismus und sein Verhältnis zum Krieg.

*Der Krieg ist das Mittel der Bourgeoisie und nicht der Sozialdemokratie.* Und wir lehnen den Krieg nicht nur deshalb ab, weil er ein schreckliches Mittel ist, das die Menschen, die Kultur und die Zivilisation vernichtet, sondern wir verwerfen ihn auch, weil er den Eroberungszwecken der Bourgeoisie dient. *Heute gibt es weder Verteidigung noch nationale Kriege.* Alle Kriege sind aggressiv, räuberisch und brutal. Wir wüssten nicht, aus welchem Grunde der heutige europäische Krieg für die Entente ein Verteidigungskrieg und für Deutschland und Oesterreich ein Angriffskrieg sein sollte. *Für beide Mächtegruppen ist er in gleicher Weise ein Angriffs- und Eroberungskrieg, nichts anderes.* Auch für Serbien ist er kein Verteidigungs- und kein nationaler Krieg, denn Serbien ist einer Gruppe erobierungslustiger Mächte beigetreten; somit unterstützt es die Eroberungspolitik dieser Mächte, die sich nachher gegen Serbien richtet, während dieses selbst auf Eroberungen ausgehen will und nach fremdem Gute, nach fremden Völkern schiebt. Der Schuldige an diesem Krieg, das ist die kapitalistische Ordnung, der bürgerliche Staat und seine imperialistische Politik. Darf da die Sozialdemokratie, die für das Niederwerfen des Kapitalismus, des Imperialismus kämpft, mit der Bourgeoisie in einem für sie bedeutungsvollen Akt, für den Krieg, sich solidarisieren, für ihn stimmen und ihn moralisch und materiell unterstützen?

Für uns ist diese Frage nie zweifelhaft gewesen, wir haben Nein! geantwortet. *Im entgegengesetzten Falle hätten wir für das Morden unserer Kampfgenossen, für den Ruin ihrer Familien die Verantwortung übernommen, wir wären Verräter am Sozialismus und am Klassenkampf geworden, inkonsequente und nicht ernst zu nehmende Leute, die ihre Prinzipien preisgegeben hätten, die Sozialdemokratie wäre zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.* Man soll nicht denken, dass wir so handelten, weil wir Prinzipienreiter um jeden Preis wären. Nein, in dieser Sache gibt es überhaupt keine andere Haltung.

Wir waren schon einigemal vor die Frage gestellt, wie wir uns zum Krieg verhalten sollen. Für uns Serben war die Frage wirklich delikater, viel heikler als für andere sozialdemokratische Parteien Europas. Im Bewusstsein des serbischen Volkes sind die serbischen Kriege entweder Verteidigungs- oder nationale Kriege.

Wenn die Sozialdemokratie in dieser Situation eines kleinen Volkes, dem die Grossmächte die Existenz verwehren, aufstehen und sagen soll: «Nein, nieder mit dem Krieg!» dann kann man die Schwierigkeit ihrer Lage begreifen. Die unmittelbaren Erfolge in unserem praktischen Kampf, in erster Linie im Wahlkampf, werden dadurch in Frage gestellt. Aber

wir haben den Ernst der Sache begriffen, den momentanen Unannehmlichkeiten haben wir keine Rechnung getragen. Trotz den möglichen Verlusten an Mitgliedern, Wählern und Mandaten sind wir unbeirrt vorwärts gegangen.

Im Jahre 1908 hat Oesterreich-Ungarn die Annexion von Bosnien und der Herzegowina durchgeführt. Die reale Eroberung war schon vor dreissig Jahren geschehen, das Jahr 1908 bestätigte in der Form nur den Inhalt. Damals wurde das ganze serbische Volk aufgerüttelt, weil Bosnien und die Herzegowina serbisches Land sind, der schönste Traum des serbischen Volkes, ja noch etwas mehr: eine Notwendigkeit für das serbische Volk. Mit einem Schlage wurde dieser Traum zerstört. Das serbische Volk empfand einen aufrichtigen Schmerz. Die kriegerischen Leidenschaften entflammten. Das Heer wurde mobilisiert, es hat ausgesehen, als ob Serbien Oesterreich-Ungarn den Krieg erklären werde. Der Unterzeichnete ist damals allein als sozialdemokratischer Vertreter im Parlament gewesen, und hat dann gegen die Mobilisationskredite gestimmt und gegen den Krieg gesprochen. Im Jahre 1913 griff Bulgarien Serbien unverhofft an. Die Bulgaren waren die wirklichen Angreifer, obwohl die Serben in dieser Sache ebenso schuldig waren wie jene. Wieder ein «Verteidigungskrieg». Wir haben dann noch energischer gegen den Krieg protestiert. Den albanischen Aufstand hat Serbien im Blut erstickt. Die Geschichte kennt kaum eine grössere Grausamkeit. Die serbische Armee hat 35 albanische Dörfer in Brand gesteckt, ohne den Einwohnern Gelegenheit zur Abreise zu geben. Dabei habe ich die früheren an den Albanesen begangenen Grausamkeiten noch gar nicht erwähnt. 120,000 albanesische Seelen hat die serbische Armee auf den Befehl der Regierung hingeschlachtet. Unser Wort war auch hier der energische Protest gegen diese Ausrottung eines Volkes durch die Serben, die jetzt angeblich für die Befreiung ihrer Kompatrioten kämpften.

Vor Ausbruch des europäischen Krieges, als Oesterreich Serbien angriff, kam der tragische Moment für Serbien und seine Nation. Auch dann waren wir gegen den Krieg, haben sehr oft gegen ihn gesprochen und immer gegen die Kriegskredite gestimmt.

Man kann nicht einwenden, die sozialdemokratische Partei in Serbien sei klein, sie habe nur zwei Abgeordnete, ihre Haltung sei ohne Einfluss auf die Ereignisse, und deswegen habe sie nach freiem Entschluss handeln können, in Deutschland, Frankreich usw. aber stehe die Sache anders. Nein! In der Sozialdemokratie gibt es keine grossen und kleinen sozialistischen Mächte, besonders dann nicht, wenn es sich um den Krieg handelt. Da gibt es nur eine Losung: *alle gegen ihn!* Unsere Partei hat im Verlauf des europäischen Krieges nicht nur gegen den Krieg gesprochen und die Kriegskredite abgelehnt, sie hatte auch wiederholt *formelle Friedensvorschläge postuliert*. Und als die Katastrophe kam, hat der Unterzeichnete im Namen der sozialdemokratischen Partei Serbiens am 5. Dezember 1915 in Skutari der Regierung ein Memorandum mit der Forderung des Friedensschlusses vorgelegt.

Dieses Memorandum schliesst mit den Worten: «Indem ich die serbische Regierung für den Untergang Serbiens und für all das Entsetzliche, das sich vor unsern Augen abgespielt hat, verantwortlich mache, fordere ich die Regierung in letzter Stunde zum Rückzuge auf, und dass sie der Wahrheit in die Augen schaue. Ich sage der Regierung, sie hat kein Recht, um auch noch diesen Rest des einstigen serbischen Volkes zu töten und zugrunde zu richten. Die Regierung darf das Volk nicht hier stehen lassen, um es dem Hungertode zu überantworten, oder der Gefahr, vom Feinde hingeschlachtet zu werden, aussetzen, oder, was ebenso schrecklich ist, es auf dem Gebiet der einen Mächtigsten für deren Interessen als kämpfende Werkzeuge auszuliefern. Die Regierung muss wissen, dass die Stimmung des Volkes nicht mit ihrer bisherigen Politik übereinstimmt. Das Volk will den Frieden, die Regierung darf kein Spiel treiben mit dem Volk. Ich verlange also von der Regierung, dass sie sofort Friedensverhandlungen einleite und dafür Sorge, dass das Heer und die Bevölkerung, die sich hier befindet, unter möglichst wenig Qualen in ihre Häuser zurückkehren können.»

Als sich das serbische Parlament glücklich gerettet und sich in Nizza (Frankreich) niederliess, habe ich in den Sitzungen der Klubs aller Abgeordneten die Regierungspolitik energisch kritisiert. Wir betrachteten das als die Pflicht der Sozialdemokratie in diesen blutigen Tagen und wollten die Reinheit unserer Prinzipien wahren.

Gegen den Krieg haben wir in Serbien die Konföderation der Balkanrepubliken empfohlen, für die wir immer mit Wort und Tat, gemeinsam mit den andern Bruderparteien auf dem Balkan, gearbeitet haben. Nicht mittels des Kapitalismus, des Imperialismus, Monarchismus und Militarismus, sondern in der innigsten Gemeinschaft des Volkes, mittels der in der republikanischen Konföderation die Balkanvölker ihre Selbständigkeit bewahren können und sich einer ruhigen Entwicklung verschern.

Der gegenwärtige Krieg hat Serbien den vollständigen und absoluten Untergang gebracht. Vom Anfang des europäischen Krieges bis jetzt hat Serbien über eine Million Menschen von seinen 4,200,000 Einwohnern verloren. Die Kinder von 12 Jahren ab sind vernichtet worden. In Albanien und Montenegro allein sind vor Hunger, Kälte und Krankheiten an die 30,000 Kinder, die auf Befehl der Regierung von ihren Elternhäusern vertrieben wurden, gestorben. In Serbien sind jetzt trauernde Frauen, schwache Kinder, alte Leute und die Beamten geblieben. Unsere besten Kräfte sind vernichtet. Auf Korfu gibt es heute eine serbische Armee mit über 100,000 Soldaten, aber ihre Lage ist auch nicht glänzend. Erkrankungen und Todesfälle sind nicht gering und ich denke, dass wenn diese Armee in einen neuen Kampf geführt wird, nicht einmal ein Viertel nach der Heimat zurückkehrt. Die ganze serbische Jugend wird nach Korfu getrieben, in erster Linie die Leute von 18 Jahren hinweg. *Wo immer die Franzosen auf ihrem Territorium einen jungen Serben bemerken, treiben sie ihn in die Armee auf Korfu.* Und die serbische Regierung beeilt sich, um der Entente demütig auch den letzten Tropfen des Blutes, das in den Adern serbischer Kinder fliesst, zu geben, nur damit die «Gerechtigkeit, Moral und Freiheit siegen werde.»

Alle Errungenschaften der Kultur und der Zivilisation sind vernichtet. Alles Vieh ist zugrunde gegangen. Das Staatsvermögen und die Millionen der Steuergelder wurden gestohlen. Serbien stellt heute keine Organisation für das Leben und den Fortschritt mehr dar.

Dieser Krieg hat auch unsere sozialistische Bewegung vernichtet. Alle unsere Organisationen sind zerstört. Viele von unsern Genossen starben im Kriege. Eine ganze Generation der befähigsten Proletarier für den sozialistischen Kampf haben wir verloren. Den besten unter uns, unsere Hoffnung und unsern Stolz, den Genossen *Dimitrije Tutzowitsch*, haben wir verloren.

Wir haben eine so herrliche und solide politische und gewerkschaftliche Bewegung gehabt. Alles das ist zugrunde gegangen. Ich bin fort aus Serbien von dem Moment der Katastrophe an und bin mit den Resten von Serben bis zu ihrem Uebertritt vom Balkan nach Europa, das heisst auf Korfu, mitgegangen. Ich bin mitgegangen besonders um zu sehen, welche Wandlungen ein braves und für die höchste Kultur und Zivilisation fähiges Volk, das seine gewissenlosen und unfähigen Leiter schon lange auf das Kreuz gespannt haben, in seinem Martyrium noch zu bestehen haben wird. Es war eine Odysseefahrt. Das Elend und das Unglück meines Volkes sind schrecklich gewesen, so schrecklich, dass man darüber weder sprechen noch schreiben kann.

Dieses Unglück, die Oede und der Tod im Land und Volk haben unsere Nerven zerstört und unsere Seele in eine Leere verwandelt. Und wir haben doch den Glauben und die Hoffnung nicht verloren. Gerade in diesem Krieg, wo die Majorität der sozialistischen Parteien versagte, hat sich die Notwendigkeit des Sozialismus am kräftigsten manifestiert. Er drängt sich der Gesellschaft auf, er muss siegen. Und wir, aus dem kleinen, ruinierten Serbien, *grüssen die auf der Zimmerwalder Konferenz erschaffene neue sozialistische Bewegung herzlich.* Wir sind solidarisch mit dieser Arbeit und wir reichen dem sozialistischen Proletariat der ganzen Welt die Hand in unserm Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Bis jetzt sind wir in diesem Kampf immer unermüdlich und solidarisch gewesen. Geradeaus und ohne Pardon! Aus der Asche und dem Blut unserer Väter, unserer Genossen, unserer Brüder, aus der Asche unserer Mütter und unserer Kinder muss und wird der Sieg hervorkeimen. Wir müssen siegen!

Nieder mit dem Krieg!

Es lebe der Sozialismus!

T. Katzlerovitsch, Abgeordneter.

## Russland.

Die ausländische Delegation des Zentralkomitees der Partei der Sozialisten-Revolutionäre Russlands sendet uns folgende Erklärung:

«Die ausländische Delegation, nachdem sie die Lage, die sich aus der Bildung zweier verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei in bezug auf die Stellungnahme zum Kriege und speziell aus der Tatsache ergeben hat, dass zwei ihrer Mitglieder in Gemeinschaft mit einigen Sozialpatrioten den Aufruf an das «klassenbewusste arbeitende Volk Russlands» unterschrieben haben und an der Redaktion des «Prisyff» teilgenommen, genau prüfte, ist zu folgenden Beschlüssen gelangt:

1. Die Delegation hat in ihrem Schosse Vertreter beider Strömungen. Das numerische Verhältnis\*) der Stimmen innerhalb der Delegation kann nicht betrachtet werden als ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses beider Strömungen in den Parteiorganisationen in Russland, welches Verhältnis nur auf einem Parteitage festgestellt werden kann.

Diese Strömungen sind gegenwärtig derart auseinandergegangen, dass keine derselben irgendwelche Verantwortung für die politischen Aktionen der andern auf sich nehmen kann.

2. Unter diesen Umständen muss die Tätigkeit der Delegation als eines Ganzen — solange die sie spaltenden Fragen auf den bevollmächtigten Konferenzen der Partei noch nicht gelöst sind — beschränkt bleiben auf die technische Unterstützung der Parteiorganisationen in Russland, auf die Mitwirkung bei Veranstaltung von Parteikonferenzen und Tagungen, die sich mit der Lösung der aktuellen Fragen der Parteipolitik beschäftigen sollen, und auf die Erfüllung derjenigen ihrer Pflichten, welche die Partei als Ganzes betreffen.

## Leitsätze von Sozialisten-Revolutionäre.

Folgende Leitsätze sind von den Gruppen der Sozialisten-Revolutionäre Russlands angenommen worden:

1. Indem wir den gegenwärtigen europäischen Krieg als den Kampf der kapitalistischen Bourgeoisien Englands, Deutschlands, Frankreichs und Russlands um den Weltmarkt und die Weltherrschaft betrachten, erklären wir:

2. Dass uns Sozialisten-Revolutionäre die Beschlüsse der Zimmerwalder Konferenz, die die Sozialisten aller Länder zum Kampf für die Wiederherstellung des Friedens auffordern, als einzig annehmbar erscheinen.

3. Entsprechend den allgemeinen Bedingungen unseres innerpolitischen Lebens, betrachten wir die Organisation der arbeitenden Massen zum Zwecke einer revolutionären Umwälzung als die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Momentes; denn wir meinen, dass nur nach der Eroberung der politischen Macht durch diese Massen die Liquidation des Krieges und aller seiner Folgen gemäss den vitalen Interessen der arbeitenden Demokratie durchgeführt werden kann.

4. Angesichts des deutlich hervortretenden kapitalistisch-bourgeoisien Charakters des gegenwärtigen Krieges verwerfen wir nicht nur den «Burgfrieden», sondern betonen angesichts der gegebenen Lage die Notwendigkeit eines verschärften Klassenkampfes.

5. Zugleich betrachten wir es als notwendig, die organisatorische Vereinigung mit den Sozialisten aller Länder mit allen Mitteln anzustreben, um so die neue Internationale zu stärken und die alten Ziele derselben zu realisieren.

*Das Petrograder Stadtkomitee der Partei der Sozialisten-Revolutionäre.*

*Das Petrograder Studentenkomitee der Partei der Sozialisten-Revolutionäre.*

*Die Petrograder initiative Verlagsgruppe der Sozialisten-Revolutionäre.*

*Die provinzielle initiative Verlagsgruppe der Sozialisten.*

## Situationsbericht aus der S.-D. Arbeiterpartei Russlands (Organisationskomitee).

Das auswärtige Sekretariat des O. K. der S. D. A. P. R. sendet uns folgenden Situationsbericht:

Seit der Zeit, da wir über die Lage in unserer Partei in der Nummer 2 des «Bulletins» der I. S. K. berichtet hatten, hat sich bei uns wie auch in allen Bruderparteien der Kampf zwischen den sozialpatriotischen und internationalistischen Tendenzen stark verschärft und verschärft sich mit jedem Tage. Die letztern herrschten in unsern Organisationen während des ganzen ersten Jahres des Krieges, auf den sich unser letzter Bericht bezog; sie dominierten so stark, dass sogar die Mehrzahl der prinzipiellen Anhänger der «Vaterlandsverteidigung» sich gezwungen sahen zu betonen, dass in bezug auf Russland jede Form des Burgfriedens abgelehnt werden muss. Die grossen Sommerniederlagen aber, die eine oppositionelle, auch breite Schichten der Demokratie umfassende Bewegung gegen die Regierung unter der Flagge der Landesverteidigung ausgelöst hatten, haben die nationale

\*) Gegenwärtig teilen sich die Stimmen innerhalb der Delegation wie folgt: 4 (internationalistische) und 2 (sozialpatriotische). Beim Kriegsausbruch zerfielen sie in gleiche Teile: 4 und 4. Zur Zeit der Londoner Konferenz war die Teilung 4 und 3. Während des Krieges sind aus der Delegation zwei patriotisch gesinnte Genossen freiwillig ausgeschieden.

Ideologie in den Reihen unserer Partei in Russland bedeutend gestärkt. Der Einfluss der Plechanowschen Ideen sowie der der «Nascha Sarja», die, wie wir es im vorigen Bericht erwähnt haben, den Sieg der Tripel-Entente, als im Interesse der Demokratie liegend, für wünschenswert erklärte, hat bedeutend zugenommen, was gelegentlich der Kontroversen über die Frage der Beteiligung an den Kriegsindustriekomitees besonders zutage getreten ist. Als literarischer Ausdruck der Konsolidierung dieser Richtung erschien das Sammelbuch «Samosaschtschita» («Selbstverteidigung»).

Im Gegengewicht dazu beginnt nun, nach einer Periode der Verwirrung, der Zusammenschluss und die Konsolidierung des internationalistischen Flügels unserer Organisation in Russland. Die bedeutendste der dem O. K. angeschlossenen Lokalorganisationen — die Petersburger «Initiativgruppe» — stellte dem O. K. die Forderung auf, eine Parteikonferenz behufs der Klärung der offiziellen Stellungnahme zu dem Verwirrung stiftenden Patriotismus einzuberufen. Ihren grellsten Ausdruck hat die Position der Menschewiki-Internationalisten in Russland in der Haltung unserer Dumafraktion mit Tschaidse an der Spitze in der jüngst eröffneten Dumasession gefunden, die die Möglichkeit gab, den unversöhnlichen Gegensatz der zwei Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie vor dem ganzen Lande zu demonstrieren.

Der bereits vor dem Kriege aus unserer Fraktion ausgeschiedene Deputierte Burjanow, ein Anhänger Plechanows, und der aus der Fraktion wegen seiner kriegsfreundlichen Haltung ausgeschlossene Abgeordnete Manjkow sprachen sich zwar auch für den Kampf mit dem Zarismus aus, aber eben im Namen der bessern Landesverteidigung, und traten demgemäss mit aller Entschiedenheit und Gehässigkeit gegen die Zimmerwalder Konferenz auf, wobei sie sich unter anderm auf die Resolution der französischen Mehrheit, der dänischen Parteileitung usw. berufen haben und begeisterten Beifall der Bürgerlichen ernteten. Dieses Auftreten der Sozialpatrioten aber diente nur dazu, um so schärfer die Rede des offiziellen Vertreters unserer Dumafraktion, des Genossen Tschaidse, zu pointieren, die eine flammende Antikriegspropaganda, ein Bekenntnis zu Zimmerwald war. Tschaidse verlas von der Dumatribüne aus die Grundsätze des Zimmerwalder Manifestes über den Kampf um den Frieden und brachte, unter Entrüstungsrufen von seiten der bürgerlichen Mehrheit aller Schattierungen, seine Solidarität mit der internationalistischen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags und der französischen Parteiminorität zum Ausdruck. Unten geben wir die von Tschaidse namens der Fraktion eingebrachte Deklaration wieder:

«Anderthalb Jahre des Krieges haben mit genügender Deutlichkeit die Lügenhaftigkeit der «Befreiungs»-Losungen des imperialistischen Krieges gezeigt. In den breiten Massen der Bevölkerung von Europa und vor allem im Proletariat wird das Bewusstsein immer stärker, dass diesem blutigen Wahnsinn ein Ende bereitet werden muss. Das Proletariat macht die ersten Schritte zur Wiederherstellung der internationalen Verbindungen. Davon zeugt die Rede des Sekretärs des Internationalen sozialistischen Bureaus, Huysmans, auf dem Kongresse der holländischen Sozialdemokraten.\*) Das Proletariat beginnt sich als internationale Kraft zu organisieren und stellt sich die Erweiterung des Klassenkampfes und die Liquidierung des Krieges durch die Anstrengungen der Arbeiter aller Länder zum Zweck. Am grellsten ist dieses Bestreben auf der Konferenz in Zimmerwald zutage getreten, auf der Sozialisten verschiedener, darunter auch der kriegführenden Länder zum erstenmal die Parole für den Frieden aufstellten und sich an das Proletariat aller Länder mit der Aufforderung zur gemeinsamen Verwirklichung dieses Ziels wandten. Nur unter diesen Bedingungen wird ein dauernder und fester Friede, ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen, auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Völker, der allgemeinen Abrüstung, der Ueberweisung der äussern Politik unter die Kontrolle der Volksvertretung und der Festsetzung eines autoritativen, allgemein verpflichtenden Schiedsgerichtes gesichert sein.

Ungeheuer ist die Verantwortlichkeit aller kriegführenden Länder vor ihren Völkern, noch unermesslicher aber ist die Verantwortlichkeit der russischen Regierung vor den Völkern Russlands. Vom Anbeginn des Krieges hat die Regierung, unter der schweigenden Gutheissung von seiten der Reichsduma, seine Zerstörungspolitik den Volksmassen gegenüber gesteigert.»

Weiter folgt eine scharfe Kritik der Regierung; die Deklaration schliesst mit den Worten:

«Die volle politische Befreiung des Landes ist die Tagesaufgabe. Die Schaffung des progressiven Blocks (der bürgerlich-oppositionellen Parteien) könnte einen Schritt zur Ver-

\*) Dass die russischen Genossen die richtige Bedeutung des diplomatischen Auftretens des Genossen Huysmans nicht eingesehen haben, ist nicht zu verwundern, weil von allen Urteilen über diese Rede nur das Urteil des «Vorwärts» in die russische Presse durchgedrungen ist, der die Rede Huysmans heiss begrüsst.

wirklich dieser Aufgabe bilden, wenn der Block es begreifen würde, dass der Erfolg nur unter der Bedingung seiner starken Unterstützung durch die Demokratie möglich wäre. Die Stunde ist gekommen, wo die Würfel fallen müssen: *mit dem Volke gegen die Regierung oder mit der Regierung gegen das Volk*. Nur das Volk selbst kann das Land retten, indem es seine Schicksale in eigene Hände übernimmt. \*)

Das Auftreten Tschaidses, das im ganzen Lande einen starken Eindruck machte, wird den Prozess der Konsolidierung der internationalistischen Elemente in unsern Organisationen nach der Verwirrung, die leider die Beteiligung an den Kriegsindustriekomitees ausgelöst hat, zweifelsohne beschleunigen. Unsere Genossen sprachen sich in den meisten Orten für den Eintritt in diese von der oppositionellen Bourgeoisie geschaffenen Komitees aus, wobei der eine Teil tatsächlich die Aufgaben des Kampfes mit der «Regierung des Verrats» im Namen der Landesverteidigung im Auge hatte, der andere aber sich durch Motive anderer Art leiten liess. Damit auch der Standpunkt dieser Genossen klar wird, geben wir die wichtigsten Stellen eines illegalen (das heisst in einer Geheimdruckerei hergestellten) Aufrufes wieder, den die dem O. K. angeschlossene *Petersburger* Parteiorganisation (Initiativgruppe) veröffentlicht hatte:

«Wir haben jetzt Vertreter in den Kriegsindustriekomitees. Diese Komitees sind von den Unternehmern gegründet worden, um den Krieg zu fördern, *der uns fremd ist*. Die Mehrheit dieser Komitees besteht aus unsern Klassenfeinden. ... Wir Sozialdemokraten menschewistischer Richtung haben beschlossen, dass die Arbeiter in diese Komitees ihre Vertreter entsenden sollen; nicht aber, *um mit der Bourgeoisie gemeinsam zu arbeiten*, sondern um gegen jeden Versuch, die Ausbeutung zu verstärken, zu protestieren, um die Forderungen der Arbeiter laut zu verkünden. ... Vor den Wahlen wurde eine Resolution vorgelesen, beraten und angenommen, und ebenso Instruktionen für die Gewählten. ... In ihnen ist gesagt, dass die Interessen der Arbeiter in allen Ländern *die gleichen sind*, dass die Arbeiter jeden Krieg für verwerflich halten, dass sie diesen Krieg für einen Eroberungs- und Versklavungskrieg halten, dass sie den Ausweg nur im Kampfe für den Frieden ohne Annexionen und für die Freiheit der Selbstbestimmung der Nationen sehen. ... In der Resolution ist gesagt, dass die *Hauptschuld* an diesem Kriege und der Leiden, die er gebracht hat, bei dem Zarismus liegt. Die Resolution fordert alle Arbeiter und das ganze Volk auf, für den Übergang der Staatsgewalt in die Hände des Volkes, für die Einberufung der allgemeinen konstituierenden Volksversammlung, für alle politischen Freiheiten, für den Achtstundentag, für die Uebergabe des Grund und Bodens an die Bauern, für die unverzügliche Amnestie zu kämpfen. ... Die Resolution legt die Verantwortung für das, was uns durch den Krieg beschieden worden ist, auch *auf die Bourgeoisie*, die die Regierung unterstützt. ... Die Instruktionen sagen klar und unzweideutig, dass die Arbeiter *nicht zwecks der Landesverteidigung* in die Komitees gehen, denn für diese übernehmen sie keine Verantwortung. ...

Wir fordern euch auf, ihr möchtet euch um die Arbeitervertreter in den Kriegsindustriekomitees vereinigen. Nützt diese Vertretung aus, um eine grosse organisierte Macht zu schaffen, für *einen verstärkten Kampf gegen die Regierung und gegen die Bourgeoisie*, für den Frieden, für die Freiheit, für bessere Bedingungen der Arbeit. ...

Bereitet euch zu einem schweren Kampf mit Feinden vor, die ausserhalb der Arbeiterklasse stehen — mit der Regierung, mit der Bourgeoisie. ... Die Organisation der Menschewiki ruft euch zum Kampfe für den Frieden, für die Freiheit, für den Sozialismus.»

(Den vollständigen Text des Aufrufes siehe in der «Berliner Tagwacht» vom 24. März 1916.)

In derselben Richtung gingen im grossen und ganzen die Beschlüsse einer Reihe von Konferenzen illegaler menschewistischer Parteiorganisationen, wie zum Beispiel der *Samaraschen*, der fünf nordzentralen Städte (*Petersburg, Moskau, Tula, Kaluga, Jaroslaw*), der *Saratower*, der *kaukasischen* Landeskonferenzen und anderer. Die schädliche Seite dieser Taktik unserer internationalistisch gesinnten Genossen hat sich besonders stark darin geäussert, dass sie sich von dem andern Teil der antipatriotischen Arbeiter abspalteten, die den richtigen Weg der Boykottierung der Wahlen gegangen sind, und auf die gemeinsame Arbeit in den Komitees mit sozialpatriotisch gesinnten Elementen angewiesen worden sind.

\*) Wir sind leider noch bis jetzt nicht im Besitze von dem vollen Text der Rede Tschaidses, die anfangs überhaupt von der Zensur unterdrückt worden war und dann, nach stürmischen Interpellationen und Protesten in der Duma, mit *bedeutenden Kürzungen* durchgelassen wurde. — Wir können da nicht umhin, auf die nicht näher qualifizierbare Handlung jener hinzuweisen, die sogar in dem Bulletin der I. S. K. das der Sache der Einigung aller Internationalisten dient, von den vom Zarismus übriggelassenen Dumaabgeordneten, die als Dekoration dienen sollen — Tschaidse und seine Kollegen — zu sprechen für gut fanden! (Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees der leninschen Richtung, Bulletin Nr. 2.)

Es muss an dieser Stelle nachdrücklichst betont werden, dass das Auswärtige Sekretariat von Anfang an gegen jede Beteiligung, aus welchen Gründen immer, an den Kriegsindustriekomitees aufgetreten ist. Das Projekt der Plattform, das das Auswärtige Sekretariat allen Parteiorganisationen in Russland zur Erörterung vorschlug, «lehnt in Anbetracht des imperialistischen Charakters des Krieges jede Beteiligung an der Sache der sogenannten Militärverteidigung — sei es in Form der Votierung der Kriegskredite, der Mitarbeit an Institutionen, die zur Förderung der Landesverteidigung dienen, oder der Einstellung oder Schwächung des Klassenkampfes im Namen der Interessen der Vaterlandsverteidigung usw. — ab». Und nachdem der Eintritt in die Komitees zur Tatsache wurde, drängte das Auswärtige Sekretariat dahin, dass die Arbeitervertreter aus den Komitees austräten (siehe Nr. 3 unserer «Nachrichten»).

Der Streit über die Ziele der Beteiligung an den Komitees und namentlich die Frage über den Austritt aus ihnen muss den Kampf zwischen den Internationalisten und den Landesverteidigern in unsern Organisationen verschärfen, und wir hoffen, dass der Sozialpatriotismus in diesem Kampfe nicht Sieger bleiben wird.

Von dem zunehmenden Einfluss der Internationalisten im Gange dieses Kampfes spricht auch die Evolution des augenblicklich einzig in Russland legal erscheinenden Arbeiterblattes «*Nasch Golos*» («Unsere Stimme») in Samara. Am Anfang stimmte es noch recht konfuse und oft «Verteidigungs»-Noten an, aber seitdem machte es eine grosse Evolution in der Richtung zum konsequenten Internationalismus durch, die, wie aus zahlreichen Zuschriften an die Redaktion zu ersehen ist, sich eines heissen Mitgefühls seitens der Avantgarde der Arbeiter erfreut. «*Nasch Golos*» ist bereits, trotz der ununterbrochenen Repressionen, faktisch zu einem *allrussischen Arbeiterorgan* geworden; davon zeugen in jeder Nummer zahlreiche Zuschriften von Arbeitern aus allen Landesenden, Berichte über Sammlungen zur Unterstützung der Zeitung, die in Fabriken und Werken Dutzender von Städten unternommen werden und die bis jetzt schon mehrere tausend Rubel ergaben; die Auflage der Zeitung beträgt jetzt 16,000. — Gegen das vor kurzem erschienene Sammelbuch «*Samosaschtschita*» ist eine Reihe von literarischen Kundgebungen unserer Gesinnungsgenossen in Russland in Vorbereitung begriffen. — Die *Petersburger* Genossen verbreiteten unter andern unser Manifest über den Krieg und die Aufgaben des russischen Proletariats.

Die *Streikbewegung* der Arbeiter, die während der ganzen Kriegsdauer nicht aufgehört hat (siehe unsern letzten Bericht), nimmt in der letzten Zeit einen immer grössern Umfang an. In den letzten drei Monaten fanden Streiks in *Petersburg* in den grössten, hauptsächlich Munitionsfabriken statt, in den Metallwerken, den Fabriken Lessner, Parwiainen, Erikson, Nobel, den Admiralitätswerken und andern, und in der allerletzten Zeit in der grössten Waffenfabrik Russlands, den Putilow-Werken («dem russischen Krupp») und auf verschiedenen Werken und Fabriken in *Moskau, Sormowo, Brjansk, Tula* (in der grossen Patronenfabrik), in *Nikolajew* auf der Schiffbauwerft, in der 15,000 Arbeiter beschäftigt sind, usw. Grausame Verfolgungen von seiten der Regierung vermögen nur die Bewegung zu entfachen und ihr einen revolutionären Charakter zu verleihen. In dieser Kampf Stimmung wird das russische Proletariat auch in der internationalen proletarischen Kampagne für den Frieden, wie sie von der Zimmerwalder Konferenz vorgezeichnet worden ist, den Platz einnehmen, der sich aller seiner Traditionen sowie aller Kundgebungen seiner Dumafraktion vom Anbeginn des Krieges an wohl als würdig erweisen wird.

## Bericht der Polnischen Sozialistischen Partei.

*Die politische Lage.* Auf Russisch-Polen lastet die Militärdiktatur der deutschen und österreichischen Okkupation, deren Druck durch die vollständige Unsicherheit über die Zukunft des Landes noch gesteigert wird. Polen, der direkte und blutdurchtränkte Kriegsschauplatz, nimmt unter den Kriegszielen beider feindlichen Lager keine bestimmte Stelle ein, da ja die wesentlichen Tendenzen der streitenden imperialistischen Systeme auf andere Objekte gerichtet sind; das Schicksal des Landes wird vom allgemeinen Ausgang des Krieges abhängen, zur Zeit der Liquidation werden die Grossmächte bestrebt sein, es in den Rahmen des Spieles der Kompensationen zu pressen, ohne jedwede Rücksicht auf die Interessen und den Willen des polnischen Volkes selbst. Die ganze Politik der zarischen Regierung vom Kriegsbeginn an bis zu den jüngsten Erklärungen des russischen Ministerpräsidenten Stürmer bestätigt diese Auffassung in vollem Masse; für Deutschland und Oesterreich spricht — neben allgemeineren Tatsachen — die Art und Weise, wie sie in dem von ihnen



seit letzten Sommer vollständig besetzen Lande die Okkupationsherrschaft ausüben, eine nicht minder überzeugende Sprache. Das gegenwärtige Regime der Militärdiktatur ist dem obersten Ziel untergeordnet: das Land für die Kriegführung und die Kriegsbereitschaft möglichst gründlich auszubeten. Was das für die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung bedeutet, wird unten ausführlicher gezeigt werden. Politisch drückt sich dieses Regime aus als *ein Minimum von Demagogie, gemässigt durch einen brutalen Zynismus*. Man begann mit einigen Zugeständnissen auf dem Gebiete des Schulwesens (Bewilligung zur Gründung einer polnischen Universität und Technischen Hochschule in Warschau usf.), die für die Zwecke einer marktschreierischen politischen Reklame gehörig ausgeschlachtet wurden; aber auf diesem Gebiet selbst wird der autonome Schulausschuss, der das gesamte Schulwesen organisiert hatte, mit einem Federstrich aufgelöst und die Schulen der Leitung deutscher Beamten unterstellt. Durch eine drakonische Zensur, durch das Verbot aller politischen Vereine und Versammlungen, durch Verschickung nach den Internierungslagern wird jede Kundgebung von politischen Meinungen erstickt. In raffiniertester Weise wird der nationale und religiöse Gegensatz zwischen Polen und Juden geschürt, indem versucht wird, die letzteren zum Werkzeug der Germanisierung des Landes zu machen.

Die allgemeine Haltung der bürgerlichen Parteien Russisch-Polens nach Kriegsbeginn kann als eine ausgesprochen russenfreundliche gekennzeichnet werden, man erhoffte vom Sieg Russlands und der Entente die Vereinigung Polens und seine Autonomie. Nachdem sich nun die österreichisch-deutsche Okkupation verlängert und die Wiederkehr der Russen immer fraglicher erscheint, vollzieht sich eine gewisse Evolution in den Stimmungen der bürgerlichen und namentlich der kleinbürgerlichen Kreise; sie widerstreben zwar nach wie vor dem Sirenenbesang der galizischen Politiker, welche sie — mit einer übrigen immer schwächeren Energie — für ihre österreichisch-deutsche Orientierung zu gewinnen suchen; ihr Gedanke aber gewöhnt sich an die Möglichkeit neuer Konjunkturen; einstweilen legen sie sich eine gewisse Reserve auf und benehmen sich abwartend; diese Passivität wird durch Phrasen von einer «rein polnischen» Orientierung gedeckt durch platonische Bestrebungen zu einem unabhängigen Polen, möge es ein zwerghafter und Vasallen-Pufferstaat sein; aber keine politische Aktion im Lande selbst entspricht diesen Phrasen: im Grunde wartet das polnische Bürgertum den Ausgang des Krieges ab, ehe es sich zu einer Verständigungspolitik mit dem neuen Herrscher entschliesst, um von ihm einen Teil der Gewalt über das Land zu erlangen. Während dieser Evolution blieb ein wesentlicher Teil der Politik der polnischen Bourgeoisie unverändert: nach innen hin hat sie ihre Front gegen die Arbeiterklasse, gegen die Demokratie durchaus aufrechterhalten; indem sie eine aussergewöhnliche Energie in der Organisation des öffentlichen Lebens entfaltet — innerhalb der von den Okkupationsbehörden gezogenen Schranken —, gibt sie dabei einen selbstbewussten und engherzigen Klassenegoismus kund, beraubt die Arbeiterklasse jeder wirksamen Vertretung ihrer Interessen.

In einem Lande, das einer Militärdiktatur unterstellt ist, welche jede Regung des offenen politischen Lebens erstickt und dessen bürgerliche Parteien eine vielfach zweideutige Haltung einnehmen, ist der politische Kampf der Arbeiterklasse äusserst schwer. Und dennoch ist ihre unversöhnliche Stellung gegen den Krieg, gegen die kriegführenden Regierungen, gegen die mit der Regierung mehr oder weniger alliierten bürgerlichen Parteien, gegen alle nationalistischen Phraseologien, gegen alle Formen des Burgfriedens, ihre Denunziation des imperialistischen Charakters des Krieges, ihre Verkündigung eines unvermeidlichen revolutionären Kampfes, den der Krieg und seine Folgen entfesseln werden — diese klare und feste Stellung, die das klassenbewusste Proletariat, durch die sozialdemokratischen Organisationen vertreten, von Kriegsbeginn an einnahm und durch die nacheinanderfolgenden Konjunkturen während der zwanzig Monate des Krieges bewahrte, zu einem bekannten und anerkannten Faktor des politischen Lebens des Landes geworden, zu einem Faktor, dessen Gewicht mit der Zeit nur steigen wird.

Der Zusammenbruch der Internationalen, die «patriotische» Politik der grossen Mehrheit der deutschen und österreichischen, der französischen und englischen Sozialisten erschwerte die sozialistische Tätigkeit in Polen gewaltig; die mutige Initiative der Pioniere des wiedererwachenden revolutionären Internationalismus in andern Ländern, die Bildung beträchtlicher internationalistischer Minderheiten, ihre immer energischer Tätigkeit, ihr Zusammenschluss in Zimmerwald, die durch diese Bewegung eröffneten reaktionären Perspektiven — all dies bedeutete eine natürliche Förderung der eigenen sozialdemokratischen Aktion in Polen. — Die Versuche, unsere Arbeiter für die Idee der polnischen Legionen, die ein Bestandteil der österreichisch-ungarischen Armee sind, zu gewinnen, schlugen vollständig fehl, und die Politik eines

Daszynski, die ihn und seine Parteigänger der Organisation der schlimmsten Reaktionäre Galiziens einverleibte, begegnete unter den Sozialdemokraten Russisch-Polens nur Abscheu und Verachtung.

*Die wirtschaftliche Lage.* Die ganze Industrie des Landes, die vor dem Krieg eine halbe Million Arbeiter beschäftigte, steht still. Während ihres Rückzugs «räumten» die Russen ganze Fabriken samt Maschinen und Werkzeugen, andere vernichteten sie dem Feinde zum Trotz. Ihrerseits belegten die Deutschen und Oesterreicher alle Rohstoffe, viele Fabrikate, dann Kupferteile von Maschinen usf., mit Beschlag. Weit entfernt, die Wiederbelebung der Industrie zu fördern, haben die deutschen Behörden ein direktes Interesse, ihr entgegenzuwirken: organisieren sie ja in grossem Massstabe den Export von polnischen Arbeitern nach allen Gegenden Deutschlands als Ersatz für die eingerückten deutschen Arbeiter. Die auf diese Weise nach Deutschland eingeführten Arbeiter führen dort ein wahres Sklavenleben, da sie als internierte Ausländer aller Rechte beraubt sind. Stossen die Behörden bei der Werbung von Arbeitern auf Schwierigkeiten, so üben sie einen Druck aus, indem sie den Unternehmern verbieten, Unterstützungen an Arbeitslose zu zahlen, den öffentlichen Volksküchen, ihnen unentgeltliche Nahrung zu verabreichen usf. Im Lodzer Rayon (Textilindustrie, 200,000 Arbeiter) steht alles still, ebenso in Czestochau, ebenso in der Grossindustrie Warschaws; ebenso im Rayon von Radom und Lublin im österreichischen Okkupationsgebiet; im Dombrowaer Becken, das teilweise von den Deutschen, teilweise von den Oesterreichern besetzt ist, stehen die Hütten- und die Textilindustrie ebenfalls still; die Kohlengruben befinden sich im Betrieb, aber die Kohle wird nach Deutschland und Oesterreich ausgeführt, während in Polen selbst in allen grossen Zentren akute Kohlennot herrscht.

Vom industriellen Proletariat Polens sind Zehntausende nach Deutschland verschleppt, in die Zwangsarbeit gekettet; ein Teil, der von den Russen mit Gewalt evakuiert wurde, ist über ganz Russland bis in die entferntesten Gebiete Sibiriens zerstreut; ein anderer, der russischen Armee einverleibt, teilt mit den russischen Soldaten die Mission, das Zarenreich mit seinem Blut zu verteidigen. Von dem im Lande zurückgebliebenen Teil haben sich viele in die Dörfer begeben, wo sie die Not der Bauern steigern; der Rest vegetiert arbeitslos in den toten Stadtvierteln der einst industriellen Städte.

Nicht minder tragisch sind die Verhältnisse auf dem Gebiet der *Verproviantierung der Bevölkerung*. In normalen Zeiten reichte die Getreideproduktion zur Deckung des Eigenbedarfes des Landes nicht, ebenso war Polen auf die Einfuhr von Schlachtvieh angewiesen; der Krieg zerstörte einen grossen Teil der Ernte, die Russen vernichteten sie während ihres Rückzuges in systematischer Weise. Trotzdem schritten die Deutschen und Oesterreicher zur Beschlagnahme und Ausfuhr aller Vorräte an Lebensmitteln, verboten den freien Verkehr im Lande, führten ein Einkaufsmonopol zugunsten einer speziellen deutschen Organisation («Wareneinfuhr, G. m. b. H.») ein, deren Leitung übrigens den Beamten der berichtigten Ansiedelungskommission in Posen übertragen wurde; ein Teil des aus Polen ausgeführten Getreides kehrt dann als Mehl zurück mit horrendem Preisaufschlag. Und die deutsche Regierung weigerte sich, die amerikanischen Bedingungen zu akzeptieren, die die Zufuhr von Lebensmitteln aus neutralen Ländern nach Polen ermöglichen würden. Die allgemeine Teuerung beträgt nach offiziellen Statistiken im Durchschnitt 400 bis 600 vom Hundert, für einige Artikel einige Tausend vom Hundert. Die unverschämteste Spekulation wird von den Behörden geduldet. Der Zwangskurs der Mark (1 Mark = 66 Kopeken) und der Mangel an Kleingeld verschärften noch die Not.

Die Industrie ist also zerstört und niemand weiss, ob und wann sie wieder hergestellt werden wird; Millionen von Menschen sind jeder Erwerbsmöglichkeit beraubt und leiden Hunger im buchstäblichsten Sinn des Wortes; Seuchen, die die Hungersnot im Gefolge hat, dezimieren die Bevölkerung, ganze Stadtteile, so in Lodz, Lublin usf., werden isoliert und ihre Bevölkerung einer Quarantäne unterworfen.

Dies ist der Zustand des Landes, welches die zivilisierten Staaten, die es militärisch okkupieren, aussaugen, um ihre eigene Widerstandskraft in diesem furchtbaren Krieg zu steigern.

*Tätigkeit der Partei.* Gegen Ende 1915 fand eine allgemeine Parteikonferenz statt, die erste seit Kriegsbeginn. 29 Genossen nahmen an ihr teil, darunter 19 Delegierte der Rayonorganisationen mit entscheidender und 10 mit beratender Stimme. Die Delegierten, die von Rayonkonferenzen, welche der Gesamtkonferenz vorangingen, gewählt wurden, vertraten die Rayonorganisationen von Warschau, Lodz-Stadt, Lodz-Umgebung, vom Dombrowaer Becken und Wlutzlawek; einige andere bereits gewählte Delegierte konnten wegen Verkehrsschwierigkeiten nicht rechtzeitig erscheinen. Die Tagesordnung umfasste folgende Punkte: Politische Lage und Tak-

tik der Partei; Haltung der Partei gegenüber den Stadträten, Bürgerkomitees, Stadtmiliz usw.; wirtschaftliche und gewerkschaftliche Fragen; sozialdemokratische Einigung; Berichte und Organisation; Wahl des Zentralkomitees. Die Verhandlungen der Konferenz dauerten viereinhalb Tage. — Die Beratungen über den ersten Punkt der Tagesordnung führten zur Annahme einer ausführlichen Resolution, die mit der *Anschlussklärung der Partei an die Zimmerwalder Konferenz* beginnt; weiter bestätigt die Resolution die unversöhnliche Stellung, die die Partei von Kriegsbeginn an einnahm, gegen den Krieg selbst, gegen die imperialistische Politik der kriegführenden Regierungen beider Mächtegruppen, gegen die «Orientierung» sämtlicher bürgerlicher Parteien und ihrer pseudo-revolutionären Mitläufer und Schrittmacher und stellt ihren Kriegszielen den revolutionären Klassenkampf des Proletariats entgegen, der allein vermag, dem Lande demokratische Institutionen zu geben, welche es auch gegen nationale Unterdrückung sichern werden.

Die Tätigkeit der Parteiorganisation auf politischem Gebiet ist durch das Regime der Militärdiktatur gehemmt, die jede offene politische Kundgebung wie auch politische Vereine und Versammlungen verbietet und überhaupt die Traditionen der russischen Herrschaft würdig fortsetzt. Die einzigen Mittel, die daher der Partei übrigbleiben, sind die Herausgabe von Flugblättern und Aufrufen wie auch die mündliche Propaganda. Das Warschauer Lokalkomitee verbreitete zum Beispiel im Januar und Februar 1916 drei Flugblätter: eines, welches das Regime der deutschen Okkupation geißelt, ein anderes aus Anlass des 30. Jahrestages der Hinrichtung der vier Mitglieder der ersten polnischen sozialrevolutionären Partei «Das Proletariat» durch die zarischen Schergen, und ein drittes gegen die Abschaffung des Mietzinsmoratoriums. — Auf dem wirtschaftlichen Gebiet ist ein grosser Teil der Energie der Fürsorge für Arbeitslose gewidmet, insbesondere den «Arbeiterküchen», deren Zahl in Warschau zum Beispiel 20 beträgt, in Lodz 18 usw.; eine vor mehr als einem Jahre in Lodz gegründete genossenschaftliche Bäckerei hat sich vorzüglich bewährt. Gewerkschaftliche Organisationen bemühen sich, die Arbeiter zusammenzuschliessen und zusammenzuhalten, um sie für die zukünftigen Kämpfe zu wappnen, und zwar nicht nur in den Fächern, wo gearbeitet wird, sondern auch in denjenigen, wo die Arbeitslosigkeit fast allgemein ist; ein erfolgreicher allgemeiner Ausstand der Bäckergehilfen wurde in Warschau durchgeführt. — Ebenfalls in Warschau beteiligten sich Delegierte der Gewerkschaften an der städtischen Kommission für die Organisation einer Fabrikinspektion und verteidigten dort die proletarischen Interessen gegen die Vertreter der Unternehmer und die «neutralen» Sachverständigen. — Zwei öffentliche Arbeiterversammlungen fanden letzthin (Februar 1916) in Warschau statt, wobei an jeder zirka 1200 Arbeiter teilnahmen; die erste verhandelte über die Frage der Fabrikinspektion, die zweite über das Mietzinsmoratorium; die letztere nahm eine Resolution an, in der die Demokratisierung der städtischen Verwaltung der Millionenstadt auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes gefordert wird. Im letzten Moment erfahren wir, dass die bürgerlichen Cliquen diese Bewegung durch Einführung einer plutokratischen Wahlordnung übrumpeln wollen; höchst wahrscheinlich werden die Okkupationsbehörden der Stadt ein antidemokratisches, nach ihren speziellen Interessen zugespitztes «Wahl-system» oktroyieren. — Endlich funktionieren in allen Industriezentren zahlreiche *Arbeiter-Bildungsvereine*, Volksuniversitäten, Arbeiterklubs mit ausgesprochen proletarischem Charakter.

Die Sache der *sozialistischen Einigung* hat während des Krieges unbestreitbare Fortschritte gemacht. In Warschau bestehen drei verschiedene Organisationen: die beiden Fraktionen der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens (Hauptvorstand und Landesvorstand) und die polnische Sozialistische Partei (P. P. S. Lewitza); in Lodz und dem Dombrowaer Becken ausser der P. P. S. nur die Fraktion des Hauptvorstandes; überdies in den drei Zentren die jüdischen Organisationen des Bundes. Ueberall verständigen sich die Organisationen, um die Einheitlichkeit der Aktion zu erzielen; über die politischen Hauptfragen herrschen in den drei polnischen Organisationen übereinstimmende Ansichten; trotzdem werden Differenzen, die eher untergeordneter Natur sind, infolge von Spaltungstraditionen oft übertrieben, und es ist nicht gelungen, die erfolgte Annäherung durch ständige Organisationshände zu festigen.

## Südafrika.

Wir haben in Nr. 3 des Bulletins Kenntnis von der Konstituierung der *Internationalen Sozialisten-Liga* gegeben. Seither ist uns ein weiterer Bericht zugegangen, von ihrem Sekretär *Ivon Jones*, dem wir folgendes entnehmen:

Was die antikrieglerische Stimmung betrifft, so muss ich konstatieren, dass die Opposition gegen uns in der letzten Zeit stark abgenommen hat. Die Südafrikanische Arbeiterpartei, welche zu unserm Bedauern die Mitglieder der Liga aus ihren Reihen ausgeschlossen hat, ist durch den Gang der Entwicklung ihrem Zusammenbruch nahe, trotzdem sie gegenüber dem Kriege einen Standpunkt bezog, der mit den Gefühlen der Volksmassen übereinstimmte. Das musste so kommen, nicht nur weil sie die Sozialisten aus ihren Reihen entfernte, sondern auch deshalb, weil ihr jetzt die grössten Gewerkschaften den Rücken gekehrt haben. Wir finden für diesen Zusammenbruch keine andere Erklärung als die, dass eine Arbeiterpartei, die die revolutionären Elemente aus ihren Reihen ausschliesst, selbst während einer patriotischen Verseuchung der Massen, diesen nichts mehr zu bieten imstande ist. Ein anderer Grund liegt in dem wachsenden Indifferentismus der Mittelklassen, den unser Ausschluss unter ihnen hervorgerufen hatte. Nach den grossen politischen Erfolgen der Partei (1914) hatten sich ihr diese Elemente massenhaft angeschlossen.

Diese Demoralisation auf politischem Gebiete erklärt sich durch den niedern Entwicklungsgrad der gewerkschaftlichen Solidarität in Südafrika. Viel Mühe wird uns der Kampf gegen die Rassen- und Farbenunterschiede und für die Organisation der Arbeiter nach Industriezweigen kosten. Einige Erfolge haben wir zwar in den letzten zwei Jahren zu verzeichnen gehabt; der weisse Arbeiter beginnt die Klassensolidarität mit den Eingebornen anzuerkennen. Diese gewannen Vertrauen zu den weissen Arbeitern besonders während der grossen Streiks von 1913 und 1914, und die Vorurteile beginnen zu schwinden. Derselbe Einfluss ging von dem eben beendigten Streik der Kaffern aus, wobei diese sich europäische Kampfmethoden angeeignet haben. Aber es bleibt noch viel zu tun. Der aristokratische Dünkel der weissen Arbeiterschaft trug viel dazu bei, dass die patriotischen Schreier einen ihnen so günstigen Boden gefunden haben. Ich erwähne das alles nur flüchtig, um zu zeigen, was für schwere Probleme uns im Klassenkampfe hindern, und ebenso, um der europäischen Arbeiterklasse zu zeigen, dass wir vor nichts zurückschrecken, um der Solidarität der Arbeiterklasse eine feste Grundlage zu geben.

## Berichte aus neutralen Ländern

### Bericht aus Schweden.

Nach dem grossen gewerkschaftlichen Kampfe 1909 zwischen den Arbeitern und dem Grosskapital Schwedens, ein Kampf, der, wenn auch nicht mit der Niederlage der Arbeiter endend, denn das Kapital konnte seine Hauptaufgabe, die Zerstörung der Arbeiterorganisationen, nicht erreichen, doch eine gewisse Ernüchterung und Mutlosigkeit unter den Proletariern herbeiführte, war es sehr begreiflich, dass man sich von den gewerkschaftlichen Kampfmitteln und den Massenaktionen abwendete, um statt dessen mit grösserer Hoffnung die parlamentarischen Waffen auszunützen. Die schwedische Arbeiterbewegung war von Anfang an eine parlamentarisch-demokratische Bewegung, und da die Reichstagswahlen 1911 eine Verdoppelung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion ergaben, war es sehr natürlich, dass man in der parlamentarischen Aktion die Rettung der Arbeiterklasse sah. Freilich, irgendwelche grosse Reformen erhielt man nicht. In der Session 1911—1914 tröstete man sich damit, dass man langsam, aber sicher mit dem Stimmzettel in der Hand zum Ziele gelangen könne. Bei den Wahlen 1914, im Frühling nach dem königlichen Staatsstreich vom Februar, sowie bei den ordentlichen Wahlen im September erhielten wir starken Mandatzuwachs. Aber die gefährlichen Folgen dieses anormalen parlamentarischen Zuwachses ohne entsprechende gewerkschaftliche Stärke und Stärke der Mitglieder — nur ein verhältnismässig kleiner Teil der sozialistischen Wähler ist sozialistisch organisiert — rächten sich. Reichstagsfraktion und Parteileitung gingen immer mehr zu einer reformistischen Opportunitätspolitik über, die besonders den Kampf gegen den Militarismus vollständig preisgegeben hat, indem man für den königlichen Staatsstreich und den Militarismus stimmte. Beinahe in allen Fragen wurde der Boden des internationalen Sozialismus verlassen. Fraktion und Parteiblätter, die beinahe alle von Parlamentariern redigiert sind, wurden mehr und mehr beeinflusst von bürgerlichen Elementen, die bei den Wahlsiegen an die Partei herankamen, um Karriere zu machen und die nun den alten Parteileiter Branting immer weiter nach rechts zogen. 1914 begann dann der Kampf für den Ministerialismus. Branting drohte mit seinem Rücktritt, wenn man ihm hier nicht folge. Unter seinem Einfluss hat dann der Kongress vom November 1914 seine Haltung gebilligt, doch gegen eine sehr grosse Minorität. Die schon von der Parteileitung eigenmächtig begonnenen Verhandlungen mit den Liberalen über

den Ministerialismus wurden fortgesetzt. Als dann der Weltkrieg kam und sich auch fortsetzte, ward die Frage von einigen roten Ministern nicht mehr aktuell.

Zum Kriege hat Branting und mit ihm die meisten Parteiblätter eine ausgesprochene frankophile Haltung eingenommen. Wir hatten auch einige germanophile Genossen, die mit den konservativen Scharfmachern offen für den Krieg agitierten. Die Führer dieser Leute wurden aus der Partei ausgestossen, aber noch haben sie Einfluss auf die Redaktion des schwedischen Hauptblattes «Social-Demokraten». Brantings frankophile Haltung ist mit einer sehr nationalistischen vereint, und er hat darum auch die Haltung Liebnechts abgelehnt. Er glaubt an eine Wiederherstellung der alten Internationalen mit Deutschland, das durch die Gruppe Haase-Bernstein vertreten wäre. Gegen Zimmerwald verhält er sich sehr aggressiv feindlich, und er findet ein Echo in der Parteipresse. Die sozialdemokratische Jugendbewegung, die sehr stark ist und mit welcher mehrere alte Genossen von der Linken sympathisieren, hat indessen eine starke Zimmerwalder-Propaganda gemacht, und einige radikale Parteiblätter haben sie darin unterstützt.

Unter den grossen Massen wächst die Unzufriedenheit über Brantings Politik, die immer reaktionärer wird, jeden Tag, ebenso über die vollständige Gleichgültigkeit, denen alle Rufe der Arbeitermassen nach sozialistischen Handlungen gegen die «aktivistischen» Kriegshetzer von den beiden Leitungen der Arbeiterbewegung begegneten. Man ward bald darüber aufgeklärt, dass man von diesen Leitungen, von denen die eine, die politische, ganz frankophil und die andere, die gewerkschaftliche, überwiegend germanophil ist — eine schöne Neutralität, um den Sozialismus zum Einschlafen zu bringen — nichts zu erwarten hätte zur Verhinderung der Teilnahme Schwedens am Weltkriege. Da die Rufe der ängstlichen proletarischen Massen immer schärfer nach Kundgebungen verlangten, beschloss die *Leitung des Jugendverbands*, nach fruchtlosen Verhandlungen mit der Parteileitung, auf eigene Faust einen *Friedenskongress* einzuberufen, ein Kongress der sozialistischen Jugend, der ersten Opfer eines eventuellen Krieges. Zur Teilnahme an diesem ausserordentlichen Verbandskongresse wurden auch alle interessierten Arbeiterorganisationen, die auf sozialistischem Boden stehen, eingeladen. Erst jetzt konnte man ein wenig Leben in den offiziellen Leitungen der Arbeiterbewegung sehen. Diese traten augenblicklich zusammen und warnten in einem Manifeste die Arbeitermassen, an dem Kongresse teilzunehmen. Die Führer würden den Frieden schon schützen, die Massen sollen ruhig schlafen. Der «Social-Demokraten», Brantings Blatt, trat auch als Denunziant auf, indem er allein in der ganzen Presse die vertrauliche Kundgebung des Jugendverbands über den Kongress abdruckte und diesen als «landesgefährlich» bezeichnete.

Der Kongress ward trotzdem zur imposanten Wirklichkeit. Er wurde am 18. und 19. März abgehalten, von 275 Teilnehmern, Vertretern von 40,000 Mitgliedern aus 304 schwedischen Arbeiterorganisationen beschickt. Der Kampf gegen den Krieg wurde eingehend debattiert und folgendes *Manifest* an die arbeitenden Massen in Schweden einstimmig angenommen:

### **Friede um jeden Preis!**

#### **Manifest an das arbeitende Volk Schwedens.**

*In Anbetracht dessen, dass eine Teilnahme Schwedens am Krieg das denkbar grösste Verbrechen gegen unser Volk und besonders gegen seine Jugend, die das erste Opfer eines solchen Wahnsinns werden müsste, wäre;*

*dass Schweden von keinem Feind von aussen bedroht wird, sondern dass der Friede nur durch die schwedischen Machthaber eigener Politik gestört werden kann;*

*dass das schwedische Volk in seiner Majorität den Frieden will, erklären wir als Repräsentanten der arbeitenden Klasse zu Stadt und Land, versammelt auf einem vom sozialdemokratischen Jugendverband einberufenen Kongress, dass es im Interesse des schwedischen Volkes, der Kultur und der Menschlichkeit ist, den Frieden mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.*

*Wir betrachten einen jeden, der sich mit interventionistischer Agitation abgibt und direkt oder indirekt an einer Politik mitwirkt, die Schweden in einen Krieg stürzen könnte, als Verräter gegen das Land und Volk.*

*Da die Erfahrung immerhin lernt, dass die herrschenden Klassen und ihre politischen Organe im Notfall vor nichts anderem zurückschrecken als vor der Macht, die das Volk hinter seinen Friedenswillen setzen kann, und dass der parlamentarische Kampf allein für die Entwicklung dieser Macht nicht genügt, erklärt sich der Kongress für die Notwendigkeit der Vorbereitung einer ausserparlamentarischen Massenaktion, um allen Kriegsplänen entgegenzutreten.*

*Als ein erstes Mittel in dieser Richtung kommt ein umfassender Massenstreik in Betracht, der in einem gegebenen Moment, in welchem die gesamte Macht der Arbeiterklasse, die in der Weigerung liegt, ihre Arbeitskraft den Herrschenden zur Verfügung zu stellen, zur Anwendung gelangt.*

*Ein klug vorbereiteter und organisierter Massenstreik soll dahin trachten, sowohl die bei der Hervorbringung von Rohmaterialien beschäftigten Arbeiter (Grubenarbeiter etc.), wie auch diejenigen, die in den Lebensmittel-, Bekleidungs-, Munitions- und übrigen Fabriken, die für den Krieg notwendigen Fabrikprodukte hervorbringen, zu umfassen.*

*Ein solcher Streik respektive eine solche Obstruktion kann einem von den Machthabern geplanten Friedenbruch die nötigen Hindernisse in den Weg legen.*

*Die Streikdrohung allein müsste abkühlend wirken gegenüber einem jeden solchen Anschlag.*

*Der Kongress betont immerhin, dass dieses Mittel nicht das einzige ist und allein eventuell nicht genügen würde, und dass es nicht ausgeschlossen ist, dass infolge von Gegenmassnahmen der Herrschenden der Kampf einen bedeutend zugespitzteren Charakter erhalten könnte.*

*Sollte die schwedische Regierung in offenbarem Widerspruch zur klaren Neutralitätspolitik, die, praktisch genommen, unser ganzes Volk umfasst und die die gegenwärtige Regierung in Uebereinstimmung mit den bisherigen befolgten Richtlinien soeben zu befolgen versichert hat, das Land in einen menschenmordenden Krieg hineinziehen, dann hören selbstverständlich alle Verpflichtungen gegen eine solche Regierung auf.*

*Der Kongress appelliert an alle Parteien, die an und für sich nicht prinzipielle Gegner der militärischen Verteidigung überhaupt sind, aber aus ehrlichem Willen den Frieden wollen, an dieser Aktion mitzuwirken gegen einen Krieg, der unter keinen Umständen auch nur mit einem Schein von Berechtigung als ein Verteidigungskrieg genannt werden könnte.*

*Unsere Losung ist: Friede um jeden Preis!*

Der Kongress ist die beste bisherige Aktion gegen die Kriegshetze, und er ward es nur noch mehr durch die unerhörten Massnahmen der Behörden, die, der Hetze der reaktionären Zeitungen folgend, drei Genossen, die den Kongress mitgemacht, den Vorsitzenden des Jugendverbands Abgeordneter *Z. Höglund*, den Mitarbeiter des «Social-Demokraten» *Dr. Erik Hedén* und den Redaktor *Ivan Oljelund* unter Anklage des Hochverrats verhafteten. Es ist nicht ein juristischer, sondern ein rein politischer Prozess, dessen Initiative von den höchsten Kreisen des Landes ausging.

Der Prozess hat natürlich im ganzen Lande grosses Aufsehen hervorgerufen. Die reaktionären Zeitungen waren glücklich. Zur Freude dieser kapitalistischen Blätter kommt auch die Schadenfreude der sozialpatriotischen Arbeiterpresse, unter deren Reihe Brantings «Social-Demokraten» eine sehr beschämende Stellung eingenommen hat. Während Genosse Höglund im Gefängnis sass, unfähig sich zu verteidigen, hat Branting die Situation dazu benutzt, Höglund und seine Freunde aus dem Vorstand des «Social-Demokraten», wo die Linke beinahe die Majorität hatte, auszuschalten zu suchen. Und dies, trotzdem das Mandat Höglunds erst 1918 abläuft. Der Streich ist noch nicht ganz geglückt, sondern vertagt. Wie gewöhnlich mit dem Rücktritt drohend, was spezifisch Brantingsche Politik ist, so drohte nun auch die ganze Redaktion am demselben Tage mit dem Rücktritt, und dadurch war es Branting gelungen, seine Majorität zu bekommen. Diese Majorität war auch feige genug, mit 75 gegen 65 Stimmen den Vorschlag, dem verhafteten Genossen (dem Vorstandsmitglied Höglund und dem besten Mitarbeiter des «Social-Demokraten» *Dr. Hedén*) ein Sympathie-telegramm zu senden, abzulehnen. Dieser Streich Brantings hat im ganzen Lande eine grosse Entrüstung provoziert, und damit hat er, statt für seine vom kapitalistischen Staate gefesselten Genossen einzustehen, vor der ganzen Internationalen das Beste seiner sozialistischen Vergangenheit verleugnet. Dass die Arbeitermassen die Lage besser verstehen, sieht man aus den vielen Grüssen in Briefen und Telegrammen an die Verhafteten.

Am 22. März 1916 war der erste Gerichtstag, am 29. der zweite. Es scheint ganz klar, dass die ganze Sache zu einem kolossalen Fiasko werden muss. Die berühmtesten juristischen Autoritäten erklärten in der Presse, dass man hier gar nicht von Hochverrat sprechen könne, und der bekannte hervorragende Jurist *Wilhelm Lundstedt*, Professor in Upsala, hatte den Verhafteten ein bemerkenswertes Memorial übergeben, worin alle die Argumente der Behörden gründlich zerstaubt wurden. 25 Zeugen bekräftigten auch die Unschuld unserer Kameraden. Dass die ganze Affäre ein Justizverbrechen ist, zeigt unter anderem auch der Umstand, dass der «Justitie Ombudsman», ein volkstümlicher Ankläger gegen ungerechte Richter und andere Beamten (eine Art Rekursinstanz), sofort am 30. März alle Akten des Prozesses eingefordert hat. Gleichzeitig haben alle drei Verhafteten eine Beschwerdeschrift an die höhere Instanz eingegeben, worin sie fordern, auf freien Fuss gesetzt zu werden.

Der Hochverratsprozess scheint die Spaltung der schwedischen Sozialdemokratie zu beschleunigen. Dass die antimilitaristische Zimmerwalder Linke der Partei in diesen Tagen wächst, bewies unter anderem der Umstand, dass der Abgeordnete *Fabian Mansson*, einer der populärsten von unseren Abgeordneten und speziell ein hervorragender Antischützöllner, bei

Beratung des Militärbudgets zum erstenmal als Protest gegen die Verhaftung die Verweigerung der ganzen Kredite beantragte, ein Vorgehen, das grosses Aufsehen erregte. Man erwartet bald eine offene Spaltung in der Fraktion und Schaffung einer neuen sozialistischen Linksfraktion. Wenn das geschehen ist, kann man vermuten, dass die Spaltung der Partei nicht lange auf sich warten lässt. Die Leitung arbeitet sehr energisch daran, sich von den linksstehenden programmtreuen Genossen zu befreien.

Sicher ist, dass die eventuelle neue Partei grosse Massen mit sich ziehen wird. Die letzten Jahre parlamentarischer Führerpolitik und des Opportunismus, mit dessen winzigen Resultaten praktischer Reform, hat den schwedischen Proletariern die Augen geöffnet für die Unzulänglichkeit der opportunistischen sozialpatriotischen Parlamentspolitik und für die Notwendigkeit selbständiger Massenaktionspolitik nach den Direktiven der neuen Zimmerwalder Internationalen.

### Griechenland.

Die sozialistische Arbeiter-Föderation von Saloniki sendet uns folgenden Bericht über die sozialistische Arbeiterbewegung in Griechenland:

Entschuldigen Sie uns, werte Genossen, wenn wir Ihnen bis jetzt noch keine finanzielle Hilfe haben zukommen lassen. Unsere Partei befindet sich in einer scharfen finanziellen Krise infolge der unerträglichen ökonomischen Lage. Doch werden wir Ihnen noch diese Woche etwa vierzig Franken durch Postmandat zusenden. Seit langen Monaten kämpfen wir unter politischen und ökonomischen Umständen, die nicht schwieriger sein könnten. Keine Arbeit. Tausende von Arbeitslosen. Das Elend ist schrecklich infolge einer ausserordentlichen Teuerung der Lebensmittel, die einerseits durch die Unmöglichkeit, sich zu verproviantieren, entstanden ist, denn die englische Marine legt unserm Handel zahllose Schwierigkeiten in den Weg, andererseits auch durch eine schamlose und grenzenlose Spekulation.

Im politischen Leben geht nichts mehr. Man kann keinerlei öffentliche Aktion oder Manifestation veranstalten. Was könnte man übrigens machen, da der Krieg bei uns herrscht? Unser Land befindet sich in einer ganz eigentümlichen Lage. Wir haben zwar unsere Neutralität im europäischen Konflikt bewahrt..., aber jetzt kommen die Mächte und schlagen sich in unserm Land. Als wenn wir noch nicht genug an den zwei balkanischen Kriegen hätten!

Wenn wir dazu noch die allgemeine Feindseligkeit von seiten der fanatischen und chauvinistischen griechischen Bevölkerung und von seiten der Behörden gegen den Sozialismus hinzufügen, so können Sie sich eine ungefähre Vorstellung der Lage machen.

Sie wissen vielleicht, dass zwei unserer eifrigsten Genossen seit 18 Monaten nach Naxos verbrannt wurden, weil sie einen grossartigen Streik der Tabakarbeiter geleitet haben.

Letzthin wurde der verantwortliche Gerant unseres Organs «Avanti» (das in jüdisch-spanischer Sprache erscheint), zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er ein Manifest unserer Sektion der «Sozialistischen Jugend» gegen den Krieg veröffentlicht hatte.

Aber nichts schwächt unsern Eifer, und wir arbeiten weiter, trotz aller Schwierigkeiten und trotz unsern beschränkten Mitteln.

Am 28. Dezember letzten Jahres haben wir an den italienischen «Avanti» einen langen Brief gerichtet, in welchem wir unsern Enthaltungsbeschluss bei den letzten Kammerwahlen auseinandersetzen, denn diese Wahlen waren bloss eine Komödie. Wir haben so unsere zwei Sitze in der Kammer verloren. Aber gleichviel! *Was vor allem das wichtigste ist, ist die Prinzipientreue, die Einmütigkeit in unsern Gedanken und in unsern Taten.* Wenn dies nicht wäre, würde uns nichts von den demagogischen Bourgeois unterscheiden.

Die Resolution des letzten französischen Kongresses hat uns betrübt. Will man so die tapfere deutsche sozialistische Minderheit ermutigen, die schon unter so schwierigen Umständen arbeitet? Doch sei es, wie es wolle, wir hoffen, dass die französischen Genossen, die sich an ihre Kameraden anschliessen, um im wahren sozialistischen Sinne zu arbeiten, bald zahlreicher sein werden.

***P.S. Die Zeitungsredaktionen werden freundlichst ersucht, das Erscheinen des Bulletins in den Spalten ihrer Blätter anzuzeigen. Der Abdruck von Artikeln aus dem Bulletin ist unter Quellenangabe kostenlos gestattet.***

***Die I. S. K. zu Bern.***